Volkswille

ORGAN FUR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 187 | Gelsenkirchen, Mittwoch, den 13. August 1930 | 12. Jahrgang

Kündigung der Lohnordnung?

Taktisches Manöver des Zechenverbandes
Die Entscheidung fällt am 14. September

Die Entscheidung über die Frage, ob es zur Kündigung, des am 30. September ablaufenden Lohntarifes für den Ruhrbergbau kommt, wird noch Ende dieser Woche fallen. Die Unternehmerpresse meldet, es bestehe die größte Wahrscheinlichkeit, daß die Kündigung am 18. August von den Arbeitgebern ausgesprochen werde. Sie werde auch dann erfolgen, wenn eine kurzfristige Verlängerung der Tarifabmachungen auf Grund freiwilliger Verständigung zwischen Zechenverband und Zechenarbeitern oder durch Schiedsspruch erfolgt. Der Bergbau dürfe die Frage der allgemeinen Preisermäßigung nicht noch längere Zeit ungelöst lassen, denn die offiziellen Preise seien in Wirklichkeit nur eine Fiktion. Auch in dem größeren Teil des umstrittenen Gebiets würden die Listenpreise nicht erreicht. Die Verschlechterung der Arbeitslage zwinge zu einer Entlastung auf der Preisseite. Der Preisabbau könne jedoch nur in Verbindung mit einer Lohnsenkung vorgenommen werden. An eine Preissenkung ohne Lohnsenkung sei nicht zu denken.

Die Situation im Ruhrbergbau ist also, wie man sieht, nicht ungefährlich. Die Zechenbesitzer sagen: kein Preisabbau ohne Lohnabbau. Die Bergarbeiter haben aber bereits deutlich zu erkennen gegeben, daß sie eine Schwächung ihres Reallohnes als Konfliktsfall betrachten. Die freigewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter haben erst vor kurzem in Breslau auf ihrem Verbandstag durch ihren Vorsitzenden Husemann von Lohnabbau-Experimenten dringend gewarnt. Husemann erklärte mit besonderem Nachdruck, daß etwaige Versuche der Bergbauunternehmer, Lohnsenkungen vorzunehmen, von den Bergarbeitern unter keinen Umständen kampflos hingenommen würden. Er hoffe, daß diese Bemerkung von allen Stellen, die sie angehe, verstanden werde. Eine Verkuppelung der Lohn- und Preisfrage komme für den Verband nicht in Betracht. Der Lohnanteil an den Selbstkosten sei in der letzten Zeit ständig zurückgegangen.

Der Förderanteil habe an der Ruhr im April 1318 Kilogramm betragen. Das seien genau 40 Prozent mehr als 1913. Der Förderanteil stehe damit rund 212 Kilogramm oder beinahe 20 Prozent höher als in England, dem Hauptwettbewerber. Von der Leistungsseite aus sei also somit kein Grund für eine Kürzung der Bergarbeiterlöhne zu erkennen und auch kostenmäßig liege kein Grund dazu vor. Bei einem Durchschnittslohn von 9 Mk., wie er jetzt an der Ruhr bezahlt werde, betrage der Lohnanteil 6,83 Mk. pro Tonne. Der ständig zurückgegangene Lohnanteil wirke auf die Preisbildung der Kohle nur an sehr nachgeordneter Stelle ein. Der Hebel müsse wo anders angesetzt werden, nämlich bei den unverhältnismäßig hohen Gewinnen, die in Abschreibungen stillen Reserven und in anderen nach außen abgedunkelten Bilanzposten steckten.

Die Arbeitgeber erklären, an eine Preisermäßigung ohne Lohnabbau sei bei der ungünstigen Beschäftigungslage nicht zu denken. Sie vergessen, daß auch der Bergmann unter der ungünstigen Beschäftigungslage sehr empfindlich zu leiden hat. Die ungeheure Zahl von Feierschichten zeigt, was für Nackenschläge die Bergarbeiter infolge der Absatzschwierigkeiten zu erdulden haben.

Was der 30. September, der Tag des Ablaufes des Lohntarifes bringen wird, hängt nicht zuletzt vom Ergebnis des 14. September, das heißt, vom Ausgang der Reichstagswahl, ab. Lohn- und Preisfrage sind auch Gegenstand der politischen Oekonomie. Bringt die Wahl für die Arbeiter einen Erfolg, dann werden sich die Unternehmer höchstwahrscheinlich sehr viel schneller und leichter als jetzt mit einem Verzicht auf Abbau des Reallohnes abfinden. Gewinnen aber bei den Wahlen die Scharfmacher und ihre Hilfsvölker, die Nationalsozialisten und Kommunisten, dann wird die große Lohnabbauaktion, die unter dem Kabinett Brüning eingeleitet worden ist, im Ruhrbergbau in verschärftem und verstärktem Tempo fortgesetzt werden.



Nazi-Goebbels freigesprochen

Vier Nationalsozialisten gelten mehr als drei Kriminalbeamte

Hannover, 12. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag konnte endlich der Prozeß gegen Goebbels stattfinden, nachdem er bisher zwei Mal wegen angeblicher Erkrankung Goebbels vertagt worden war. Inzwischen hatte der Angeklagte sich eine Ausrede zurechtgelegt. Die Gerichtsverhandlung stand offenbar unter dem Druck der Nationalsozialisten, die in einer am Montag abend stattgefundenen Versammlung auf den Prozeß hingewiesen und aufgefordert hatten, vor Gericht zu erscheinen. Die Folge war ein riesiger Andrang. Das Gericht verlegte die Verhandlung aus dem Schöffengericht in den großen Schwurgerichtssaal. Alle Bänke waren besetzt. Selbst auf den Zeugenbänken saßen Nationalsozialisten in Hitleruniform. Auch die Zeugen traten mit Hakenkreuzen auf. Das Gericht war also sichtlich dem Verlangen der Nazis entgegengekommen, und

die Gerichtsverhandlung machte den Eindruck einer öffentlichen Wählerversammlung der Nationalsozialisten. Als Goebbels im Gerichtssaal erschien, wurde er von seiner Horde mit lauten Heil-Rufen empfangen.

Der Vorsitzende rügte zwar die Kundgebung, aber sehr lasch. Goebbels war wegen Beleidigung des preußischen Ministerpräsidenten Braun angeklagt worden, von dem er in öffentlicher Versammlung behauptet hatte, daß Braun von galizischen Juden bestochen worden sei. Der Angeklagte leugnete heute diese Beleidigung und behauptete, nicht Braun, sondern Bauer gesagt zu haben. Drei Kriminalbeamte erklärten unter ihrem Zeugeneid, daß Goebbels Braun gesagt habe. Goebbels ließ demgegenüber vier Nationalsozialisten aufmarschieren, die das Gegenteil bekundeten. Der Oberstaatsanwalt erklärte in seinem Plädoyer, daß er den Zeugenaussagen der Nationalsozialisten nicht viel Glauben schenken könne. Er glaube auch den Ausreden Goebbels nicht und halte ihn für schuldig. Er beantragte 9 Monate Gefängnis. Im Verlaufe des Plädoyers des Oberstaatsanwaltes kam es zu einem heftigen Zusammenstoß mit dem Verteidiger Goebbels, dem Rechtsanwalt Graf von der Goltz-Stettin, in dessen Verlauf der Verteidiger den Gerichtssal verließ und erst nach dem Plädoyer wieder im Saale erschien. Er beantragte Freisprechung des Angeklagten. Nach kurzer Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende die Freisprechung wegen Mangels an Beweisen.

Das Gericht hat also den Aussagen der vier Nationalsozialisten größeres Gewicht beigelegt, als den Aussagen der drei Kriminalbeamten.

Nach Schluß der Verhandlung kam es vor dem Gerichtsgebäude zu einer nationalsozialistischen Demonstration, wobei Goebbels von seinen Anhängern Blumensträuße dafür überreicht wurden, daß er gekniffen hatte.



Der bekannte Kieler Völkerrechtslehrer Prof. Dr. Walther Schücking gilt als ernsthafter Anwärter für den Posten eines Mitgliedes im Internationalen Gerichtshof im Haag.

Wir und das Zentrum

Von Heinrich Limbertz

In diesem Wahlkampf steht die Sozialdemokratische Partei gegen eine Welt von Feinden. Ob Nazi oder Deutschnational, ob „Volks"- oder Staatspartei, ob Zentrum oder Kommunisten, alle sehen sie in der Sozialdemokratie ihren schlimmsten Feind, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Sie alle werden sich am granitenen Block der freien Gewerkschaften und Sozialdemokraten die Zähne ausbeißen!

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" formulierte am 3. August die Wahlparole wie folgt:

Hier Privateigentum, dort offene oder verschleierte Besitzfeindlichkeit.
Hier freie Wirtschaft, dort Staatssozialismus.
Hier persönliche Freiheit und Selbstverantwortung, dort Versorgungsstaat.
Hier Anerkennung von Rente und Kapital, dort Gleichmacherei der Einkommen und Vermögen.

Abgesehen von einigen Schiefheiten trifft diese Formulierung das, um was es in diesem Wahlkampf geht:

Mitgeltung der Arbeitnehmerschaft in Staat und Wirtschaft;
Zerschlagung volksfeindlicher Monopolherrschaft;
Lastenverteilung nach Leistungsfähigkeit;
Sozialfürsorge als oberstes Staatsgebot.

Trotz zehnjähriger Zusammenarbeit des Zentrums mit der Sozialdemokratie in den Fragen der Außenpolitik, trotz vieler Zusammenarbeit in sozialen Fragen hat das Zentrum neuerdings den Bruch mit der Sozialdemokratie vollzogen, hat es sich in unwürdige Abhängigkeit von erschreckend kleinlich denkenden Interessentengruppen begeben und damit eine Rechtsschwenkung vollzogen, die bei Fortdauer unheilvolle Ereignisse auslösen muß. Aber diese Rechtsschwenkung des Zentrums kam nicht von ungefähr.

Den Zentrumschef Kaas hat seines Herzens Sehnsucht schon lange nach rechts gezogen. Bevor das Zentrum 1929 seinen Vertrauensmann in der Reichsregierung durch mehrere Minister ersetzte, informierte es sich gründlich und allseitig über die vom Kabinett Müller beabsichtigte Politik und dann erst trat es offiziell in die Regierung ein. Herr Kaas hatte diese Politik für selbstverständlich erklärt, als er am 6. Januar 1929 in einer Zentrumskundgebung in Rüdesheim sagte:

„In dem Augenblick, wo staatspolitisch, wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch eine Menge

Fragen sich aufdrängen, für die noch keine geeigneten Lösungen vorliegen, wäre es für die Zentrumspartei geradezu tollkühn und unverantwortlich, wenn sie in die Regierung eintreten wollte, ohne vorher zu fragen, wohin der Weg gehen soll."

Als das Zentrum gefragt hatte und eine zufriedenstellende Auskunft bekommen hatte, trat es offiziell der Regierungskoalition bei! Herr Kaas erläuterte diesen Schritt in einer Essener Zentrumskundgebung im 22. April 1929 wie folgt:

„Daß tatsächlich eine andere ernsthafte Mehrheitsbildung in Deutschland zur Zeit ganz ausgeschlossen ist, ist ein „unbestreitbarer Erfolg", vielleicht der einzige, den Hugenberg bisher durch seine Parteidiktatur erreicht hat."

Herr Kaas führte weiter aus, das Zentrum habe in den Wochen der Regierungsbildung

„in führender Mitarbeit die sachliche Grundlage zu einem Regierungsprogramm gelegt, wie sie in dieser Ausführlichkeit und in diesem Ausmaß bisher wohl noch niemals zur Grundlage einer Regierung gemacht wurde."

Er habe die Hoffnung,

„daß diese Arbeit für die innere Konsistenz und Versachlichung der kommenden Regierungsarbeiten ein Fundament gefunden hat, das nicht mehr verlassen wird."

Daß Herr Kaas während dieser Verhandlungen nicht immer erleichternd an der Bildung der großen Koalition mitgearbeitet hat, ist wohl unbestreitbar. Unvergessen ist sein Ultimatum an die sozialdemokratische Fraktion, in dem er verlangt, daß die sozialdemokratischen Minister für die zweite Rate des Panzerkreuzers A stimmen sollten. Das gleiche verlangte er von der sozialdemokratischen Fraktion, mindestens aber dürfe niemand gegen die Rate stimmen, sondern die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion dürften sich höchstens der Stimme enthalten.

Das sei die letzte, unveräußerliche, sachlich verantwortliche Konzessionslinie des Zentrums. Die Zentrumsfraktion billigte auf Anfrage diesen Standpunkt des Herrn Kaas, wollte aber den Brief nicht als Ultimatumm betrachtet wissen! Die sozialdemokratische Fraktion beschloß mit überwältigender Mehrheit, das Verlangen abzulehnen und gegen die zweite Rate für den Panzerkreuzer A zu stimmen. Das Zentrum ließ seine „letzte, unveräußerliche" Konzession fallen und trat trotz diesem sozialdemokratischen Fraktionsbeschluß der Koalition bei.

Der Zwang zur Zusammenarbeit der Koalition lag wesentlich in außenpolitischen Dingen, der Ersetzung des Dawesplans durch den Youngplan. Es war zu erwarten, daß große innenpolitische Schwierigkeiten sich auftun würden, wenn dies Werk erledigt und die innere Lastenverteilung auf die Tagesordnung kommen würde. Herr Kaas gab denn auch bald seiner Sehnsucht nach einer anderen Koalition Ausdruck. Er erklärte es in Dortmund am 18. Oktober 1929 als notwendig,

„wertvolle Kräfte konservativen und christlichen Denkens einzusetzen gegen das forcierte und unorganische Entwicklungstempo, wie es vielen sozialdemokratischen Vertretern des republikanischen Gedankens vorschwebt."

Nun ist die Saat von Kaas aufgegangen und hat dem schaffenden Volk bittere Früchte gebracht. Wir haben keine Veranlassung, im Wahlkampf zu Gehässigkeiten, Lügen oder Verleumdungen zu greifen. Der Anschauungsunterricht, den die Regierung Brüning-Schiele dem Volk erteilt hat, sollte genügen, ihm die Augen zu öffnen. Wir haben aber auch keine Veranlassung, etwa mit Rücksicht auf Preußen oder auf in Zukunft etwa mögliche Koalitionen auf die klare und deutliche Aussprache bitterer Wahrheit zu verzichten!

Eine Verständigung mit der Sozialdemokratie über die schwebenden finanziellen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen war durchaus möglich. Das beweist schon die vielfache gemeinsame oder gleichartige Stellungnahme der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zu schwebenden Fragen. Man zog die Verständigung mit rechts vor! Eine schlechte Sache, die auch den Lebensinteressen breiter Zentrumswählerschichten ins Gesicht schlägt, bedarf zu ihrer Verteidigung allerlei Winkelzüge, die aufzudecken wir im Wahlkampf noch genug Gelegenheit haben werden. Heute sei nur einiges festgehalten. Herr Imbusch, einst wütender Kämpe gegen seinen Parteikollegen, den Arbeitsminister Dr. Brauns, stürzt sich sebstredend mit Elan in den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Er erklärte auf der Essener Tagung der Landesarbeiterbeiräte der Zentrumspartei den Hieb als die beste Deckung. So hat er denn auch feste draufgehauen, aber er sollte doch nicht so sehr danebenhauen! Nach ihm hat die Sozialdemokratie schuld, daß es soweit gekommen ist:

„Denke man mal an die Anträge, die sie gestellt hat. Sie ist nichts weniger als eine Arbeiterpartei. Sie wirkt so, daß hunderttausende Arbeiter um ihr Brot gekommen sind... Die Sozialdemokratie besetzt, was sie besetzen kann, und fällt denen in den Rücken, die für Ordnung sorgen wollen ... Wie aber konnte die Sozialdemokratie in den letzten zehn Jahren so hübsch an der Regierung gehen, wenn es schwierig wurde, und hinein gehen, wenn Lorbeeren zu ernten waren."

Das sind so einige Blüten aus der Rede von Imbusch. Waren wirklich 1923 in der schlimmsten Inflationszeit Lorbeeren zu holen? War es 1928 der Fall, als schon ein sehr großes Loch, vergrößert durch den Zentrumsminister Köhler, in der Reichskasse vorhanden war? Die Frage stellen, heißt sie beantworten! Und nun gar die Behauptung über die sozialdemokratische Personalpolitik! Das durfte wirklich nicht kommen angesichts der ingeniösen personalpolitischen Fürsorge vom Gefängniswärter bis zum Ministerialdirektor, wie sie beim Zentrum Tradition ist!

Doch genug für heute. Wie wir das Zentrum kennen, werden wir noch recht oft Gelegenheit haben, uns mit ihm auseinander zu setzen. An Deutlichkeit soll's dabei nicht fehlen. Wir rechnen aber vor allen Dingen darauf, daß unsere Genossen und Freunde, wo sie gehen und stehen, die volksfeindliche Politik des Brüning-Schieleblocks den armen Leuten begreiflich machen.

Acht Jahre Zuchthaus?

Für Marquardt vom Staatsanwalt im Röntgenthaler Prozeß beantragt

Berlin, 12. Aug. (Eig. Drahtbericht.)

Im Prozeß gegen die nationalsozialistischen Mordbuben von Röntgenthal begannen am Dienstag die Plädoyers der Staatsanwälte, die in den Abendstunden in den Strafanträgen der Anklagebehörden gipfelten.

Die Spannung im Saale ist groß, der Zuhörerraum dicht gefüllt. Auch die Angeklagten, die sonst so zynisch lächeln, haben das keck provokatorische Grinsen verlernt und merken, worum es geht. Der Röntgentaler Mordprozeß ist ein Aufklärungsprozeß ganz großen Stils insofern gewesen, als er mit bisher sonst noch nie erzielter Klarheit die bestialische Kampfesweise der nationalsozialistischen Rowdys und ihrer verirrten und verführten Nachläufer gekennzeichnet hat. Wie war von Anfang an alles sonnenklar, schwarz stand gegen weiß, und auch die demagogischen Mätzchen routinierter Rechtsanwälte konnten die fürchterliche Bluttat der Nationalsozialisten nicht von den Tätern und auch nicht von den intellektuellen Urhebern der Tat abwaschen.

Die Plädoyers beginnen mit einer eingehenden juristischen Darlegung des Staatsanwaltschaftsrates Stehnig, der in sehr präzisen und sachlichen Ausführungen vorerst die schuldigen Berliner Hilfsmordgesellen der Nazis unter ihrem Führer Marquard kennzeichnet. Diese Gruppe besteht aus Renner, Schlenter, Skusa, von Zittwitz, Schindler, Wiese, Kellermann, Heim und Marquardt. Staatsanwaltschaftsrat Stehnig gibt vor allen Dingen eine genaue Analyse der Entwicklung jenes blutigen Mordabends und zeigt an Hand zahlloser und unwiderlegbarer Beispiele die Planmäßigkeit des nationalsozialistischen Ueberfalles auf, der in drei Kolonnen in Angriff genommen wurde. Weiterhin behandelt der Staatsanwaltschaftsrat die Lage im Lokal Meisel und das stetige Bemühen der Reichsbannerleute, den händelsuchenden Nazis und ihren „Kanonen" auszuweichen.

Marquardt, so ruft Stehnig mit erhobener Stimme aus, hat mit dem Ruf „Achtung! Kanonen heraus! Gebt Feuer! das Signal zum Sturm auf Meisel gegeben. Daß die Nationalsozialisten sich nicht scheuten, auf wehrlose, in wilder Flucht befindliche Leute zu schießen, beweist der tragische Tod des ermordeten Kubowski, des Vaters eines zehnjährigen Kindes, der von hinten getroffen wurde. Mit welch ungewöhnlicher Gefühlsroheit der Ueberfall der Nationalsozialisten durchgeführt wurde, beweist der wohlgezielte Schuß auf Fräulein Tietz und auf Frau Meisel, die am Telephon standen, um den Arzt zu dem Sterbenden zu rufen. Diesen Mordanschlag muß man den Gipfel der Gemeinheit nennen. Leuten, die in ein von wilder Panik erfülltes Lokal, in dieses Lazarett, wie es ein Zeuge treffend kennzeichnete, hineinfeuerten, scheint jedes menschliche Gefühl fremd zu sein. Alle Zeugenaussagen ergaben, daß im Gegensatz zu den wie wild schießenden Nationalsozialisten die Reichsbannerleute keine Waffen besessen haben.

Die Angeklagten sind uns in diesem Prozeß mit sehr vielen Ausreden gekommen und haben u. a. auch das Märchen aufgetischt, daß sie einen Ueberfall der Reichsbannerleute auf das Lokal „Edelweiß" befürchteten. Die Monate lange, mit äußerster Gründlichkeit durchgeführte Verhandlung hat ergeben, daß an diesen Behauptungen der mörderischen Schützen von Röntgenthal kein wahres Wort ist. Aber dem Angeklagten Zittwitz scheint das alles noch immer so vergnüglich zu sein, daß er es wagt, mir unverwandt ins Gesicht zu lächeln. (Große Bewegung im Saal.) Der Vorsitzende rügt in scharfen Worten das unqualifizierte Benehmen des Angeklagten. Staatsanwalt fortfahrend: Wir wissen, wie schwer es in einem solchen Prozeß ist, aus den Angeklagten die Wahrheit herauszubekommen. Es gibt in den politischen Kreisen, dem die Angeklagten angehören, so etwas wie ein Komment, wer die Wahrheit sagt, an dem wird Rache geübt. Schindler ist als erster gebrandmarkt, weil er es gewagt hat, wenigstens annähernd die Wahrheit zu sagen. Im Hinterzimmer des Lokals „Edelweiß" wurde jener mörderische Plan ausgeheckt, an deren Folgen Kubowski sein Leben lassen mußte und vier andere Personen schwer getroffen wurden. Wir sind uns klar, was die schöne Formulierung „warm angezogen" bedeutet. Sie ist ein Beweis dafür, daß der Sturmangriff auf Meisel von bewaffneten Leuten ausgeführt worden ist. Mindestens acht von den Angeklagten haben scharf geschossen. Aber manchen kann man es nicht nachweisen, trotzdem sie der Tat dringend verdächtig sind."

Staatsanwaltschaftsrat Stehning behandelt dann in seinen präzisen Ausführungen Schuldfrage und Strafmaß, wobei er es nicht unterläßt, die eventuellen späteren Einwürfe der Verteidiger schon im voraus zu entkräften.

Nach der Mittagspause beginnt das Plädoyer des zweiten Staatsanwaltes Herf, der die Schuld der Berliner Angeklagtengruppe behandelt. Es handelt sich um Wuttke, Schwab, Pankrath, Frank, Kukelinski und Köppner. An Hand zahlreicher Indizien kann Staatsanwaltschaftsrat Herf die Schuld der Angeklagten nachweisen und bezeichnet Wuttke und Pankrath als die Rädelsführer.

Im Anschluß an das mit gewandter Rhetorik vorgetragene Plädoyer des Staatsanwaltschaftsrates Herf nimmt sein Kollege Stehnig noch einmal zu den Strafanträgen und einigen politischen Feststellungen das Wort:

„Bei der Strafzuweisung, so beginnt der Ankläger, müssen wir daran denken, daß der Tat ein blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Weiterhin, daß vier andere Menschenleben durch sie in höchste Gefahr gekommen sind. Der Ueberfall auf schlichte harmlose Passanten in der Bahnhofstraße zeuge von einer solchen Niedertracht und einer derartigen Verrohung der Gesinnung, daß man geradezu erschüttert ist. Dabei hat keiner der Angeklagten gewagt und die Manneskurage gehabt, zu seiner Tat zu stehen. Die anhaltenden Straßenterroraktionen wachsen sich zu einer öffentlichen Gefahr aus. Hier muß mit Energie durchgegriffen werden, um den fanatischen Mordhetzern wieder Respekt vor der Heiligkeit des Lebens und des Rechtes beizubringen. Es geht nicht an, daß junge Menschen mit Dolch und Revolver über ihre Gegner herfallen.

Ich muß den Angeklagten auch die Ueberzeugungstäterschaft absprechen. Was hat es mit Ueberzeugung zu tun, wenn die Angeklagten in der rohesten und niederträchtigsten Weise von hinten harmlose Passanten anfallen und über den Haufen schießen? Wenn sie durch die Scheiben eines Lokals hindurch wehrlose Frauen unter Feuer setzen?

Ich beantrage gegen Marquardt, dem Führer des Berliner Sturmtrupps, der das Signal zum Feuerüberfall gegeben hat und der selbst mehrfach auf flüchtende Menschen scharf geschossen hat, wegen Totschlages in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch und Raufhändel 8 Jahre Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren unter Anrechnung der 5 Monate Untersuchungshaft; gegen von Zittwitz wegen Körperverletzung mit Todeserfolg in Tateinheit mit Landfriedensbruch und Raufhändel 4 Jahre Gefängnis, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft; gegen Schindler 3 Jahre 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft, gegen Wiese 3 Jahre Gefängnis und Ehrverlust von drei Jahren, gegen Kellermann 3 Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust bei Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft, gegen Heim 4 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft, gegen Schlenter, der ein schwerer Psychopath ist, 3 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft, gegen Renner 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft und gegen Skusa 2 Jahre 1 Monat Gefängnis.

Dann stellt Staatsanwaltschaftsrat Herf seine Anträge und sagt: „Es ist geradezu unfaßbar, daß es eine Jugend gibt, die so das Leben ihrer Mitmenschen schon als ein Nichts ansieht." Der Ankläger zitiert einen üblen Schimpfartikel aus einem nationalsozialistischen Blatt und stellt fest, daß die Propagandisten dieser staatsfeindlichen und zu Gewalttaten aufreizenden Gesinnung die Mitschuldigen an der Bluttat von Röntgenthal seien. Nur ein Staat, der sich selbst aufgebe, könne einer derartigen Entwicklung gegenüber die Hände in den Schoß legen.

Staatsanwaltschaftsrat Herf beantragte hierauf gegen Pankrath wegen Körperverletzung mit Todeserfolg in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch und Raufhändel 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Wuttke wegen Totschlag, schwerem Landfriedensbruch und Raufhändel 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Schwab wegen Körperverletzung mit Todeserfolg, Landfriedensbruch und Raufhändel 4 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Köppner wegen der gleichen Delikte 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Unruh dieselbe Strafe, gegen Kukelinski drei Jahre Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust, gegen Morgelsberg und Pahl je vier Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Nach den Plädoyers kommt es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Verteidiger Dr. Sack, der in höchster Erregung aufspringt, den Staatsanwälten illoyales Verhalten vorwirft und mit schreiender Stimme ausführt, daß die Strafanträge der Staatsanwaltschaft geradezu ungeheuerlich seien. In einer besonders eingelegten Abendsitzung plädierte etwa 2 Stunden Rechtsanwalt Dr. Joachim, der Verteidiger des Nebenklägers, der u. a. auch auf die politische Seite des Röntgenthaler Prozesses hinwies. Am Donnerstag beginnen die Plädoyers der 9 Verteidiger, die mehr als eine halbe Woche in Anspruch nehmen werden. Unter diesen Umständen ist mit einer Urteilsverkündung kaum vor Anfang nächster Woche zu rechnen.

Hitler-Garde

Unter den jüngst wegen Ueberfalls auf das Reichsbanner verurteilten Hitlergardisten befanden sich zahlreiche Zuhälter und Schwerverbrecher



„Acht Monat Knast hamse mir uffiebrummt!"
„Hasse wieda 'n Ding jedreht?"
„Nee – ick hab Politik jedroschen!"

Nr. 187. 12. Jahrg.
Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Mittwoch, den 13. August 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

Ungeheure Not, aber ....

Ist es notwendig, sich die Lasten noch unnötig zu erschweren?

Es bedarf heute sicherlich keines Beweises mehr, daß die Kreise der Schaffenden von einer Not sondergleichen heimgesucht werden. Am übelsten sind in wirtschaftlicher wie seelischer Beziehung die Menschen daran, die Kraft und Wille zur Arbeit haben und denen der böse Wille gewaltiger Wirtschaftsmächte die ersehnte, geordnete Tätigkeit in ihrem Berufsraum unmöglich macht. Darüber hinaus aber sind es gerade die Bergleute, die durch entsetzlich geringe Entlohnung, zu der, um das Elend vollzumachen, die schreckliche Erfindung der Feierschichten tritt, mit ihren in den meisten Fällen kinderreichen Familien an den Rand der Verzweiflung getrieben werden.

Verständlich ist bei allem Unglück und aller unverschuldeten Not der Gedanke, trotzdem zu leben, wenn es geht in Verhältnissen, die bis zu gewissem Grade wenigstens erträglich sind. Ist es aber bei der heutigen Lage der Dinge irgendwie verantwortlich, daß sich Arbeiterfrauen blindlings durch Kaufverträge an wild umherziehende Reisende hängen und einen Klotz zu tragen bekommen, der ihnen vielleicht auf Jahre hinaus, Sorgen und schwere Kümmernisse bereitet? Es muß ein für allemal mit diesen Flurgeschäften, die gewöhnlich unüberlegt und ohne Rücksicht auf die bösen Folgen abgeschlossen werden, ein Ende gemacht werden. Die Leidtragenden sind einzig und allein die von den Reisenden übertölpelten, leichtgläubigen Frauen, denen das Elend ohnedies schon bis an den Hals steht. Die Ueberlegung ist verkehrt, daß es sich um Abzahlungsgeschäfte handelt, die für den Augenblick nicht drücken. Bei den meisten dieser Abschlüsse erfährt der Mann erst nach getätigter Unterschrift von den üblen Geschäften, denen die Frau zum Opfer gefallen ist. Aus Furcht, noch größere Unannehmlichkeiten bei der Ablehnung zu haben und auf Zureden der kurzsichtigen Ehepartnerin macht er dann gewöhnlich gute Miene zum bösen Spiel, solange, bis es ans Zahlen geht. Dann aber ist gewöhnlich Holland in Not. Der Reisende, der den Vertrag unter den höchsten und feierlichsten Zusagen, daß z. B. die Zahlung nicht erfolgen brauche bei plötzlich eintretender Krankheit und Arbeitslosigkeit, ist, wenn die Zahlungen einsetzen, von der Bildfläche verschwunden, hat die Forderung an andere dritte Personen und Firmen zediert (abgetreten. D. Red.), die ihrerseits — wie trübste Erfahrung lehrt — nicht die geringste Nachsicht ihren Schuldnern gegenüber an den Tag legen. Zwei Wege bleiben am Ende den hereingefallenen armen Teufeln über. Entweder sie erklären sich bereit, die Beträge — 195 RM und darüber sind nicht selten — sich vom Mund abzusparen und sie dem „Kaufmann" auf den Tisch zu legen, oder sie wählen den Weg zum Rechtsanwalt, der von sich aus den Versuch machen soll, die lästigen Gläubiger loszuwerden. Bei der Undurchsichtigkeit all dieser Abmachungen ist aber gerade das Letzterer gewöhnlich ein Ding der Unmöglichkeit.

Ueberhaupt soll es in jeder Familie so sein, daß die Frau im besten Sinne dem Manne Kameradin ist, daß sie nicht ohne mit ihm, der unter schweren Mühen das Geld zusammenträgt, gesprochen zu haben, derartig verhängnisvolle Kaufverträge schließt. Aber weiterhin muß betont werden, daß die im Bürgerlichen Gesetzbuch verankerte Schlüsselgewalt der Frau nicht das Recht gibt, über so hohe Beträge wie etwa 195 RM ohne Wissen des Mannes einfach zu verfügen. Wer möchte heute nicht seine Lage durch Anschaffung dieses oder jenes angenehmen Gegenstandes verbessern! Es gilt aber, in weitestem Maße sich im voraus der Folgen bewußt zu werden, die diese Angelegenheiten immer im Gefolge haben. Und wenn man die Dinge sieht, wie sie wirklich liegen, kann es ein für allemal nur heißen: Vorsicht! Weg mit allen Händlern und Reisenden, die Abzahlungsgeschäfte an der Türschwelle vermitteln wollen! Das sollten sich vor allem die Frauen merken!

Die Kinder in der Jugendherberge Stausee glücklich angekommen

Am Montagmorgen, kurz vor 9 Uhr, fuhr eine stattliche Kinderschar mit den Helfern und Helferinnen der Arbeiterwohlfahrt nach Haltern. Von dort ging der Marsch zu Fuß zur schönen Jugendherberge am Stausee, wo diese Kinder der Arbeiter, denen Erholung besonders nottut, eine schöne Ferienwoche erleben sollen. Wie uns mitgeteilt wurde, sind die Kinder mit ihren Begleitern glücklich angekommen. Der Montag allerdings zeigte sich als nicht besonders vom Wettergott begünstigt, aber immerhin konnte schon ein kleiner Spaziergang gewagt werden. Am Dienstag war ja das Wetter schon besser, und wir wollen nur hoffen, daß es sich bis zum Schluß der Woche nun so schön gestaltet, daß bei Luft und Sonnenbädern und auch fröhlichem Spiel im nassen Element die Kinder wirkliche Tage der Erholung genießen. Für gute Verpflegung ist ja ebenfalls gesorgt, so daß Geist und Leib dort draußen wohl gesunden dürften.

STADTTEIL BUER

Rote Fahnen im Verfassungsfestzug?

Wie wir auf dem Wege über städtische Beigeordnete erfuhren, sollen im Stadtteil Buer anläßlich des Aufmarsches am Sonntagabend im Zuge rote Fahnen mitgeführt worden sein. Von führenden Parteigenossen, die ebenfalls den Zug sahen, wird das in Abrede gestellt. Von der anderen Seite wird jedenfalls behauptet, daß das Mitführen der roten Fahnen verschiedene bürgerliche Gruppen veranlaßt habe, sich nun am Festzug nicht zu beteiligen. Wir können von hier aus nicht untersuchen, ob die Fahnen mitgeführt wurden oder nicht. Wenn es geschah, so dürfen ruhig Zweifel darüber ausgesprochen werden, ob das in der gegenwärtigen Situation aus taktisch-psychologischen Gründen klug war. Aber es kann auch die andere Ansicht vertreten werden, — und sie ist uns gegenüber bereits geäußert worden —, daß sich das Bürgertum doch nun endlich einmal darüber klar sein müßte, daß die Sozialdemokratische Partei die größte der staatsbejahenden Parteien ist, die fest auch zu den Farben Schwarz-Rot-Gold und zur Republik steht, daß es aber eben gerade dieser stärksten Partei nicht auf die Dauer verwehrt werden kann, ihre Parteifahne, die rot ist, auch bei solchen Gelegenheiten mitzuführen, die nicht eine reine Parteifeier, sondern eine republikanische Veranstaltung betreffen. Im übrigen sind wir ausdrücklich ermächtigt, zu betonen, daß eine Parole zum Mitführen von roten Fahnen im Verfassungsfestzug am Sonntagabend von der Parteileitung nicht ausgegeben worden ist, und daß sich die Parteiinstanzen demnächst mit der Klärung dieser Frage, und das nicht zuletzt in grundsätzlicher Beziehung zu befassen haben werden.

Diktaturgelüste von Millionären

und solchen, die es werden wollen oder gern sein möchten!

In hiesigen bürgerlichen Zeitungen stand dieser Tage ein Artikel, den wir in seinem ersten Teile deshalb wörtlich wiedergeben, weil er wieder einmal zeigt, wie unsozial Leute sind, die auf einen größeren Geldbeutel pochen können, wenngleich sie sich auf der anderen Seite stets beeilen werden, mit Nachdruck zu betonen, daß sie doch sehr, sehr gute Christen seien, denen Nächstenliebe zu üben erstes Gebot sei. Der Artikel beweist allerdings das Gegenteil. Es heißt da:

Wie aus dem Sitzungsbericht der Stadtverordneten vom 1. August 1930 zu ersehen ist, sollen am Böhlingshof 4-geschossige Neubauten in der Mehrzahl mit Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen errichtet werden. Wie ist ein derartiger Beschluß seitens der Stadtverordneten und eine Befürwortung durch die Stadtbauverwaltung möglich, nachdem vor einigen Jahren eine Festlegung des Stadtbauplanes auf lange Sicht erst dahin erfolgte, daß das fragliche Gelände in der Villenbauweise aufgeschlossen werden soll.

Wer durch die schönen Anlagen der dortigen Gegend geht mit den alten Bäumen im Hintergrund von den großen Friedhöfen, der ist entzückt, daß es inmitten der Stadt gelungen ist, eine wirklich schöne Bauweise mit Parklandschaft in der doch immerhin sehr öden Industriestadt aufzuschließen. Die Anfänge für die Villenbebauung waren mit großem Erfolg schon erzielt worden. Es stehen Auf dem Winkel eine ganze Reihe reizender Villen (Prof. Budde, Dr. Bäumer, Bielefeld usw.). In der Nachbarschaft an der Schulte- und Bismarckstraße stehen ebenfalls durchweg Villen bzw. Häuser mit bestem, bürgerlichem Publikum. Kurzum, es ist bis jetzt eine vornehme Wohngegend geschaffen worden, in der sich der gute, besitzende und steuerzahlende Bürger auch in seinem späteren Alter dauernd wohlfühlen könnte. Die Villenbesitzer und die Anlieger haben doch nur sich deshalb angekauft und gebaut, weil ihnen die Stadt ein angenehmes Wohnen versprach. Es sind ihnen von der Stadtverwaltung bei der Villenbauweise noch außerdem große geldliche Opfer bei den baulichen Anlagen auferlegt worden, um die Bedingungen der ruhigen Wohngegend zu erfüllen. Nun ist die Stadt selbst die Zerstörerin der vorgesehenen Bauordnung auf lange Sicht. Die geplanten großen Mietkasernen mit Kleinstwohnungen stimmen mit dem früheren Programm der Stadtverwaltung nicht überein, wo sogar 2-Zimmer-Wohnungen mit 17 RM pro Zimmer gebaut werden sollen. Mit der Ruhe und dem versprochenen angenehmen Wohnen ist es dann vorbei. Durch diesen billigsten Mietsatz entsteht ein derartiger Zuzug von wirtschaftlich schlecht gestellten Familien, daß die anliegenden sehr teuren Mietwohnungen nicht mehr zu vermieten sind und eine allgemeine Entwertung eintritt. Schadenersatzansprüche seitens der Villenbesitzer und Anlieger sind jedenfalls zu erwarten.

In Gelsenkirchen ist anscheinend keine angenehme Wohngegend zu schaffen. Es werden die guten Absichten immer wieder durchkreuzt. In Ueckendorf war schon früher ein vergeblicher Versuch dazu gemacht worden. An der Zeppelinallee, mit ihren teuren Anlagen und Kosten sind ebenfalls Siedlungen dazwischengeworfen worden (?? wo denn?), um den guten, steuerzahlenden Bürgern das Wohnen zu verleiden. Immer wieder muß für Gelsenkirchen die Tatsache festgestellt werden, zum Unterschiede von der großen Stadt Essen, daß das gute, besitzende Publikum von hier wegzieht, denn anderwärts werden weitaus schönere und angenehmere Wohnverhältnisse angeboten. Hier in diesem Fall liegen aber insofern die Verhältnisse noch besonders kraß, weil die Stadt selbst die gegebenen Versprechungen an die Villenbesitzer und Anlieger doch offenbar bricht.

Das „beste, bürgerliche Publikum" scheint in seiner „vornehmen Wohngegend" ordentlich beunruhigt worden zu sein. Der „gute, besitzende und steuerzahlende Bürger" scheint förmlich die Fassung darüber verloren zu haben, daß etwa 300 Meter von seiner „hochherrschaftlichen Wohnung" entfernt kleine Angestellte und Arbeiter eine anständige Wohnung bekommen sollen. — Der ganze Artikel zeigt, wie dreist und aufgeblasen ein sogenanntes honnettes Bürgertum in den letzten Jahren wieder geworden ist, denn sonst würden die Herrschaften es nicht wagen, in einem derartigen Tone, der einfach eine Beleidigung der Arbeiterschaft ist, an die Oeffentlichkeit zu treten. Diese Leute scheinen eben noch immer zu glauben, daß der Arbeiter mit seiner Familie in den ungesündesten Stadtvierteln in engen Wohnungen zusammengepfercht leben müsse. Besonders stark ist ja die Leistung in diesem Artikel der sogenannten Bürgerlichen deshalb, weil er in einer ausgesprochenen Arbeiterstadt erscheinen konnte. Was wollten denn diese Millionäre und die, die es gerne werden möchten, wohl hier in der Industriegegend anfangen, wenn nicht die Arbeiter die Schätze des Bodens gehoben hätten, wenn nicht die Arbeiter in rastlosem Fleiße das Stadtbild verschönert hätten. In demselben Augenblick, in dem die Arbeiter aber selbst einmal teilhaben wollen an einem besseren Dasein durch Schaffung eines schönen Wohnviertels in Gestalt von Siedlungshäusern, da brüllt der wohlhabende Spießer und will von dem Bruder Arbeiter als Wohnnachbar nichts wissen. Die Herrschaften sollten sich wirklich etwas schämen. Aber wir können sie auch beruhigen. Wenn nämlich in einer solchen Wohnung das Zimmer 17 RM kosten soll, so wird das — leider — nicht allzuvielen Arbeiterfamilien möglich werden, in diese Siedlung hineinzuziehen. Die „Herrschaften" werden also nicht zu befürchten brauchen, „belästigt" zu werden. Sie brauchen das aber auch — um jetzt wieder ernsthaft zu werden — aus einem anderen Grunde nicht: Die Arbeiterschaft, deren kulturelle Bedürfnisse alücklicherweise schon so weit gestiegen sind, daß sie nach einer geräumigen, schönen, sonnigen Wohnung verlangt und sie unter Opfern mietet, ist stets ein guter Nachbar, ist in viel besserem Sinne guter Bürger, der nebenbei gesagt auch Steuern zahlt, wie diese Herrschaften, die da glauben, sich kraft ihres Geldbeutels ganz besondere Vorrechte reservieren lassen zu können. Aber diese Leute mit dem großen Portemonnaie, sie wissen ja nichts vom Arbeiter und sie werden ihn deshalb immer wieder unterschätzen. Für das kulturelle Niveau der von uns gekennzeichneten Arbeiter mag auch zum Abschluß noch ein praktisches Beispiel dienen: Als seinerzeit bekannt wurde, daß die Baugenossenschaft „Vorwärts" an der Waldtrautstraße eine Arbeitersiedlung zu errichten gedenke, da gab es bei den Hausbesitzern und Beamten, die auf der Elisenstraße am Bulmker Stadtgarten ihre Häuser und Wohnungen hatten, ebenfalls ein großes Händeringen ob der Tatsache, daß nun der Arbeiter Wohnnachbar werden würde. Heute sind die Bewohner der Elisenstraße von ihrem so unsozialen und kleinlichen Vorurteil längst abgekommen, denn sie haben nun schon jahrelang praktisch miterlebt, ein wie anständiger Mensch und kulturell vorwärtsstrebender Arbeiter — wie wir ihn in den Siedlungen finden — in der Tat ist.

z—r.

Mieterverein Buer, E. V. Die Rechtsauskunfts- und Beratungsstelle des Mietervereins befindet sich ab Freitag, den 15. August 1930, nicht mehr im Lokale Schröer, Buer, Hochstraße, sondern im Volkshaus in Buer, Gladbecker Straße Nr. 1. Sprechstunden sind: Jeden Montag, vormittags von 10 bis 11 Uhr, und jeden Freitag, nachmittags von 6 bis 7 Uhr.

Schon wieder Feierschicht. Wiederum mußte am Montag wegen Absatzschwierigkeiten auf der Schachtanlage Scholven eine Feierschicht eingelegt werden. Nach Verlautbarung der Verwaltung muß noch mit einer weiteren Feierschicht in dieser Woche gerechnet werden.

Knappschaftliches. Der Sprengel 323 des Knappschaftsältesten Vogelsang ist bis auf weiteres dem Knappschaftsältesten Lehmann übertragen worden.

Feiger Ueberfall. Als sich der Bergmann J. Sch. aus der Franzstraße in Horst am 4. dieses Monats auf dem Heimwege befand, wurde er an der Franzstraße plötzlich von einer männlichen Person, die in einer Gasse stand, angehalten und mit einem Spazierstock zu Boden geschlagen. In Begleitung der Mannesperson befand sich ferner noch die Frau M. L. aus der Devensstraße in Horst, die den Sch. mit Füßen trat.

STADTTEIL HORST

Ein Lebensmüder. Der im Ortsteil Horst in der Kostraße 23 wohnende 41 Jahre alte Bergin valide Adolf Sch. hat sich am Montag in der Mittagszeit in seiner Wohnung an einer Wäscheleine erhängt. Ein hinzugezogener Arzt konnte nur noch den Tod des Lebensmüden feststellen. Der Grund zu dieser Tat ist in Familienzwistigkeiten, hervorgerufen durch dauernde Krankheiten, zu suchen.

Verkehrsunfälle. Bei dem regnerischen Wetter der letzten Tage sind natürlich die meisten Straßendecken sehr feucht und glatt. Dieses mußte am Montagmittag ein Motorradfahrer aus Herten erfahren, der auf der Resser Straße beim Ueberholen eines Fuhrwerks ins Schleudern kam. Der junge Mann trug bei dem Sturz, ebenso wie sein Beifahrer, leichtere Verletzungen davon. Am Sonntagabend kam auf dem glatten Pflaster am Finanzamt ein Radler beim Nehmen einer Kurve heftig zu Fall. Zum Glück trug der Radler, der selbst Schuld an dem Sturz war und zu hastig fuhr, nur eine Hautabschürfung davon. Das Rad blieb unbeschädigt.

Gestellt

3300 RM für den Wahlfonds der KPD.

Es ist nicht unsere Art, sich mit dem kommunistischen „Kämpfer" zu streiten; denn wer Pech angreift, besudelt sich. Wir antworten diesmal dem „Kämpfer" nicht, um ihn zum Schweigen zu bringen, sondern zum Reden.

In seiner Nummer vom 7. August berichtet er von 3300 SPD.-Freidenkern, die vom Sieversverband ins Lager der alleinseligmachenden KPD. abgeschwenkt seien. Es werden einige Ortsgruppen aufgezählt, von denen man von einem geschlossenen Uebertritt erzählt und dabei Zahlen nennt, die nur in einem Gehirne spuken können, das man in Aplerbeck unter Glas setzen sollte.

Um nun den „Kämpfer" bei seinem Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen zu ermuntern, setzen wir obige Summe aus für den Wahlfonds der KPD.; wir zahlen diese Summe an den, der uns nachweist, daß auch nur in einer der genannten Ortsgruppen die angegebene Zahl der Uebertritte stimmt.

Unterläßt es aber der „Kämpfer", den Wahrheitsbeweis anzutreten, wissen wir auch diese Antwort zu würdigen.

Kriegsopferprotest gegen Notverordnung

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener erhebt gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 entschiedenen Einspruch.

In Uebereinstimmung mit weiten Kreisen im deutschen Volke, daß die genannte Verordnung mit ihren erheblichen Eingriffen in das soziale Recht keineswegs dem Wesen der Reichsverfassung, Artikel 48, entspricht, muß die Verordnung als verfassungswidrig bezeichnet werden. An dieser Auffassung vermag auch die das Reichsversorgungsrecht betreffende Entscheidung des Reichsversorgungsgerichts vom 30. Juli 1930 nichts zu ändern, die sich lediglich auf die Nachprüfung formeller Richtigkeit stützt, aber ängstlich der Frage ausweicht, ob die rechtlichen Voraussetzungen für die Notverordnung gegeben sind.

Weiterhin muß festgestellt werden, daß die einschränkenden Bestimmungen zur Reichsversorgung keineswegs der Behebung sozialer Notstände dienen, vielmehr das Gegenteil bewirken. Der hiervon erfaßte Personenkreis wird erheblich benachteiligt. Die Bestimmungen atmen den Geist sozialen Unrechts und stehen mit dem natürlichen Rechtsempfinden des Volkes nicht in Einklang.

Es gilt für alle Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, am 14. September ihre Stimme dagegen zu erheben.

Der Notschrei der Junggesellen

Gegen die Ledigensteuer.

Eine temperamentvolle Streitschrift gegen die „Ausnahmegesetzgebung für ledige Beamte und Lehrer" hat Paul Gründel im Auftrage der Reichsvereinigung lediger Beamter und Lehrer (Berlin NW 6, Albrechtstraße 22) an die seitherigen Mitglieder des Reichstags und an die Volksvertreter im Preußischen Landtag gerichtet. Sie schießt in etlichen Kernpunkten über das Ziel hinaus, recht aber hat der Verfasser, wenn er es als ein großes Unrecht bezeichnet, daß Ledige, die Mütter oder Schwestern ernähren und gerade deshalb unverheiratet bleiben, steuerlich besonders belastet werden. Eigentlich müßten solche „Junggesellen" die gleichen Vorteile genießen wie die Verheirateten. So schreibt Gründel:

„Warum sollten nach dieser Bedarfstheorie nicht auch Ledige unter Umständen ein Elterngeld erhalten, oder warum nicht Schwestern ein Schwesterngeld als Gegenstück zur Frauenzulage? Besonders, wenn man bedenkt, daß der Ledige keine Hinterbliebenenfürsorge genießt, daß er überhaupt dem Staate recht billig zu stehen kommt! Die Schwester hat nichts Böses getan, muß ebenso essen und sich kleiden, wie die Ehefrau, und einen Wohnraum haben. Soll beispielsweise der ledige Frontkämpfer, der wegen aus der Front mitgebrachter Krankheit (die er sich in Verteidigung von Haus und Herd der anderen zugezogen hat) eine Ehe für leichtfertig hielt, nun dafür bestraft werden? Oder der ledige Beamte, der seine unversorgte, beruflich nicht ausgebildete Schwester bei sich behält, nun zur Frauenzulage der andern beitragen? Dann die ganz alleinstehenden Ledigen, die zwar weniger Wohnraum brauchen, dafür aber (wie für die Dienste fremder Leute, auf die sie angewiesen sind) allermeistens ungeheure Preise zahlen müssen? Auch ein indirekter Zwang zur Ehelosigkeit ist vom Staate ausgegangen. Er hat durch seine Finanzpolitik nach der Neuordnung dazu beigetragen, daß ledige Beamte lieber ihre Angehörigen zu sich nahmen, die Berliner Lehrer z. B. zu 88 Prozent ihre Mütter und Schwestern, als zu heiraten; diese Angehörigen hätten nämlich infolge Verlustes ihres Notgroschens gar keine Altersversorgung gehabt, oder sie hätte sich sehr kümmerlich und beschränkt gestaltet. Die jetzt geplante Verkürzung müßte also sozusagen als eine Art Pietätsbesteuerung aufgefaßt und empfunden werden, nicht bloß von den Ledigen selbst, sondern auch von ihren Angehörigen".

Und die notwendige Schlußfolgerung, ihr Ledigen? Gegen Brüning-Schiele-Treviranus, gegen den ganzen Bürgerblock!

Wählt Liste 1.

Mieter habt acht!

Verhindert die Wiederkehr einer mieterfeindlichen Reichstagsmehrheit — Wählt Sozialdemokraten!

Der Vorstand des Reichsbundes Deutscher Mieter hat zu den bevorstehenden Reichstagswahlen folgende Kundgebung an die deutsche Mieterschaft erlassen:

Der mieterfeindliche Reichstag wurde am 18. Juli aufgelöst. Dadurch ist die deutsche Mieterschaft erneut und vielleicht zum letzten Male zur Entscheidung über Sein oder Nichtsein des Mieterschutzes aufgerufen worden. Mieter und Mieterinnen! Die mieterfeindlichen Parteien haben ausnahmslos eine zweijährige Verlängerung des Mieterschutzes abgelehnt und dessen Abbau gefordert. Nach dem Willen dieser Parteien soll die Miete zugunsten müheloser und unberechtigter Riesengewinne des spekulativen Hausbesitzes dauernd gesteigert werden und der bisherige Kündigungsschutz in Kürze fortfallen. Nur die Sozialdemokraten und Kommunisten (die sich allerdings stets im Schlepptau der Sozialdemokraten befanden. Red.) sind immer und entschieden für die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes eingetreten.

Mieter und Mieterinnen! Eure Wohnung, euer Familienleben, eure wirtschaftliche Existenz ist in schwerer Gefahr! Mit dem Stimmzettel in der Hand müßt ihr am 14. September die Wiederkehr einer mieterfeindlichen Reichstagsmehrheit verhindern!

Tagung des Mieterschutzverbandes Ruhrkohlenbezirk

Der Mieterschutzverband Ruhrkohlenbezirk, der 36 Mietervereine umfaßt, hatte sich am Sonntag zu einer Tagung in Horst eingefunden. Nach einer Begrüßung der Versammelten durch den Verbandsvorsitzenden Handschuh wies der Vorsitzende des Rheinisch-Westfälischen Verbandes, Hotten, daraufhin, daß bei seinem Verbande die Bereitwilligkeit zu einer Einigung vorhanden sei. Er hoffe, daß eine Einigung gefunden werde, auf der man im Interesse der Mieter weiterarbeiten könne. Herr Wienaecker (Mülheim) erstattete einen ausführlichen Bericht über den Reichsmietertag in Braunschweig, der eine eingehende Diskussion auslöste. Die auf dem Reichsmietertag angenommene Entschließung wurde von den Versammelten gutgeheißen und angenommen. Geschäftsführer Maas verbreitete sich eingehend über das Thema

„Reichstagswahl und Mieterschaft".

Er forderte die Mieter auf, bei der kommenden Wahl ihre Stimmen nur den mieterfreundlichen Parteien zu geben, da sonst mit der Möglichkeit zu rechnen sei, daß zum Juli nächsten Jahres die Mieterschutzgesetze aufgehoben würden. Der Nachmittag versammelte die Teilnehmer zu einem gemütlichen Beisammensein im Schloß Horst.

Rheinische Delegiertentagung der Körperbehinderten

Am Samstag und Sonntag tagten in Essen die Delegierten der rheinischen Arbeitsgemeinschaft des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten (Reichsbund Deutscher Krüppel), um die letzten Vorbereitungen für die Gründung eines Landesverbandes zu treffen. Der Geschäftsführer der Essener Ortsgruppe, Siepmann, sprach über die Ziele des Bundes. Er will in Ergänzung der amtlichen und privaten Krüppelfürsorge die Weiterentwicklung aller Kräfte und Fähigkeiten der Behinderten und ihre Selbsthilfe fördern. Der Bund arbeitet an einer Besserung der Reichs- und Staatsbestimmungen für die Krüppelfürsorge im Sinne einer gesetzlich gewährleisteten Krüppelhilfe, die dem Körperbehinderten in jedem Falle das Existenzminimum sichert. In Berlin, Dresden, Chemnitz, Liegnitz und Braunschweig hat der Bund Betriebe für die Beschäftigung Körperbehinderter eingerichtet (Druckereien, Buchbindereien, Kunstgewerbe), auch sorgt er für die Einrichtung von Arbeits- und Wohngemeinschaften für Schwerbehinderte, die bei ihren Familienangehörigen nicht bleiben können.

Luft- und Seepostbeförderung nach Amerika

Eine besonders schnelle Beförderungsgelegenheit für Briefsendungen nach Amerika bietet die nächste Fahrt des Dampfers Bremen ab Bremerhaven 13. August, in Verbindung mit einem Reichspostflug (Nachbringeflug) Köln—Cherbourg (Anlegeplatz des Dampfers) und einem Katapultflug vom Dampfer nach Neuyork. Das Nachbringeflugzeug verläßt Köln am 14. August, um 10.0 Uhr, der Katapultflug (nur für gewöhnliche Briefsendungen) beginnt am 19. August möglichst weit vor der amerikanischen Küste. Die Postversender können benutzen

1. nur den Flug Köln—Cherbourg. Vermerk: Mit Luftpost ab Köln zum Dampfer, Luftpostzuschlag: 30 Rpf. für je 20 Gramm;
2. nur den Katapultflug. Vermerk: Mit Katapultflug Dampfer Bremen—Neuyork, Luftpostzuschlag 50 Rpf. für je 20 Gramm;
3. beide Flüge. Vermerk: Mit Luftpost ab Köln und Katapultflug Dampfer Bremen—Neuyork, Luftpostzuschlag 80 Rpf. für je 20 Gramm.

In allen Fällen empfiehlt sich auch die Verwendung eines Klebezettels „Mit Luftpost" — Par avion —. Für Sendungen, die die letzte Beförderungsgelegenheit des gewöhnlichen Verkehrs zu dem Dampfer nicht mehr erreichen, aber noch Anschluß an den Nachbringeflug erhalten, ergibt sich ein Zeitgewinn von etwa 3 Tagen, der sich noch um 20 Stunden erhöht, wenn auch der Katapultflug benutzt wird. Dem Dampfer Columbus, ab Bremerhaven 18. August wird am 19. August durch einen Reichspostflug Köln—Cherbourg Post nachgebracht.

Darf man vom Zugfenster aus photographieren

Jetzt in der Reisezeit hat der Amateurphotograph stets seine Kamera bei sich, um auch einmal vom Zuge aus zu „knipsen", wenn ein schönes Landschaftsbild an ihm vorüberzieht. Nun passierte vor einiger Zeit einem Reisenden, daß ihm wegen des Photographierens vom Zugfenster aus ein Verweis erteilt wurde. Die meisten Amateurphotographen werden sich sicher erst durch diesen Vorfall die Frage vorgelegt haben: „Ist das Photographieren vom Zugfenster verboten?" Tatsächlich besteht ein Verbot, wonach das Photographieren auf dem Gelände der Reichsbahn nicht gestattet ist. Ob dieses Verbot, auf das sich der betreffende Beamte zweifellos berufen haben mag, nun auch das Photographieren vom Zugfenster einschließt, ist allerdings eine noch offene Frage. Es wäre sehr zu wünschen, wenn die Reichsbahn sich mit dieser Sache einmal eingehend beschäftigen würde. Es dürfte wohl nicht schwer fallen, eine Verfügung zu treffen, die zwar die Interessen der Mitreisenden genügend wahrt, aber dennoch dem Mann mit der Kamera die Möglichkeit läßt, auch Bilder von seiner Reise, nicht nur vom Reiseziel, zu machen. Aber nicht allein vom Standpunkte unserer einheimischen Photofreunde aus bedarf diese Frage einer restlosen Klärung, man soll auch nicht die vielen ausländischen Reisenden vergessen, die das schöne Deutschland im Bilde festhalten wollen.

Ein großes Siedlungswerk im rechtsemsischen Moorgebiet

6 bis 7 neue Ortschaften erstehen.

Im rechtsemsischen preußischen Moorgebiet, durch das sich der Kanal Campe—Dörpen schlängelt, werden vom Staat 800 bis 1000 Mustersiedlerstellen geschaffen. Auf den im staatseigenen Moor liegenden 5 Siedlungsflächen werden 6 bis 7 neue Ortschaften entstehen. Die Ansetzung der Siedler soll bis 1935 durchgeführt sein. Durch dieses großzügige Siedlungswerk wird Neuland für landwirtschaftliche Nutzung in größtem Umfange geschaffen, und die Ausbeute der gewaltigen Korbläger wird Hunderten Beschäftigungsmöglichkeit geben.

250 Prozent mehr Arbeitslose

Trostlose Lage auf dem westfälischen Arbeitsmarkt — Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe

Das Landesarbeitsamt Westfalen berichtet über die Lage auf dem westfälisch-lippischen Arbeitsmarkt in der Zeit vom 15. bis 31. Juli 1930:

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Landesarbeitsamtsbezirk Westfalen stieg in der zweiten Julihälfte um 8366 auf 1454 964, von denen 128 214 auf die Arbeitslosenversicherung und 17 750 auf die Krisenunterstützung entfallen. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres liegt diese Zahl um 104 632, also rund 250 Prozent, höher. Die Zahl der Arbeitsuchenden erhöhte sich in der zweiten Julihälfte von 187 098 auf 196 810, also um 9712. Die Zahl der Stillegungsanzeigen betrug in der gleichen Zeit 58 mit einem Gesamtabbau von rund 3200 Arbeitskräften, von denen 35 Anzeigen mit rund 2000 Entlassungen auf den Bezirk der westfälischen Kleinmetallindustrie entfallen. Im Schwereisenindustriebezirk hat die Zahl der Stillegungsanzeigen und der damit im Zusammenhang stehende Abbau von Arbeitskräften gegenüber den letzten Wochen etwas nachgelassen, jedoch sind als Auswirkung der Tarifstreitigkeiten in der Nordwestlichen Gruppe des Vereins der Eisen- und Stahlindustriellen mehrere sehr schwerwiegende Entlassungsmaßnahmen durchgeführt worden.

Angesichts dieser weiteren erheblichen Verschlechterung der westfälischen Arbeitsmarktlage kommt dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung besondere Bedeutung zu. Bekanntlich wird im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Bauwirtschaft als Schlüsselgewerbe für die Ankurbelung anderer Wirtschaftszweige besondere Aufmerksamkeit gewidmet, und zwar soll für die bezirkliche Verteilung der Aufträge neben einigen anderen Gesichtspunkten

die Lage des Bauarbeitsmarktes,

das heißt die Zahl der arbeitsuchenden Bauarbeiter, der Ausgesteuerten und die Arbeitslosigkeit in den Baustoffindustrien entscheidend sein. Die Gesamtlage auf dem westfälischen Bauarbeitsmarkt wird in ihrer ganzen Schärfe schon durch die Tatsache beleuchtet, daß **die Zahl der arbeitsuchenden Baufacharbeiter nach dem Stande vom 30. Juni d. J. um fast 350 Prozent über den Stande zur gleichen Zeit des Vorjahres lag.** Die Facharbeitergruppen der Maurer und Maler sind durch diese Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre besonders stark betroffen. Die Maurer mit rund 500 Prozent, die Maler mit über 300 Prozent. Die verhältnismäßig geringere Verschlechterung der Lage im Zimmerergewerbe (+ 176 Prozent) erklärt sich in der Hauptsache wohl aus der Tatsache, daß die Zimmerer großenteils außerhalb Westfalens, zum Beispiel in Hamburg, Bremen usw., ihren Wohnsitz haben und in diesem Jahre nicht in dem Umfange früherer Jahre in den Ruhrbezirk gewandert sind. Bei den Bauhilfsarbeitern, deren Zunahme gegenüber dem Vorjahre nur rund 150 Prozent beträgt, muß berücksichtigt werden, daß die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe bereits im Vorjahre verhältnismäßig groß war, und daß in früheren Jahren aus anderen Berufsgruppen, zum Beispiel Bergbau, Landwirtschaft, Industrie der Steine und Erden in der Bausaison viele Arbeiter ins Bauhilfsgewerbe überwechselten, die jetzt als arbeitslose Bergarbeiter, Metallarbeiter, Steinarbeiter usw. gezählt werden. Einen besonders schwerwiegenden Maßstab für die Lage der westfälischen Bauarbeiter bildet auch **die Zahl der ausgesteuerten männlichen Hauptunterstützungsempfänger,** die in der Zeit vom 16. Juni bis 15. Juli bei den Baufacharbeitern 1675 und bei den Bauhilfsarbeitern 1634 erreichte. In beiden Berufsgruppen hat sich damit die Zahl der Aussteuerungen seit April mehr als verdoppelt.

Das Schwergewicht der westfälischen Bauwirtschaft und damit des Bauarbeitsmarktes liegt in dem räumlich verhältnismäßig kleinen Gebiet der Ruhrindustrie, wo die baugewerblichen Großbetriebe ihren Sitz haben, deren Produktionsbereich auch über das engere Industriegebiet hinausreicht. Daraus erklärt es sich, daß **die Hälfte aller arbeitsuchenden Baufach- und Bauhilfsarbeiter in Westfalen auf das Industriegebiet entfällt,** und zwar hat die meisten arbeitsuchenden Baufacharbeiter das Arbeitsamt Dortmund (1616), während bei den Bauhilfsarbeitern das Arbeitsamt Bochum (1856) am stärksten belastet ist. Es folgen in beiden Gruppen Bochum bzw. Dortmund, Gelsenkirchen bzw. Herne. Als Wohnsitzbezirke der Wanderbauarbeiter, deren Lage durch den niedrigen Beschäftigungsstand im Industriegebiet entscheidend beeinflußt wird, sind die westfälischen Arbeitsämter Paderborn mit 881 arbeitsuchenden Bauarbeitern, Detmold mit 913, Rheine mit 837 und Siegen mit 732 anzusehen. Ein eigenes starkes Baugewerbe und eine dementsprechend hohe Zahl arbeitsuchender Bauarbeiter haben auch die Bezirke Hagen (1912) und Bielefeld (969).

Für die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel zur Ankurbelung der Bauwirtschaft müssen drei wichtige Voraussetzungen geprüft werden:

1. **die Ursachen des starken Anwachsens der Arbeitslosigkeit in einzelnen Wirtschaftsgebieten;**
2. **die künftige Aufnahmefähigkeit der verschiedenen Arbeitsmärkte (das Arbeitsbeschaffungsprogramm sieht ausschließlich den Bau von Kleinwohnungen in bevölkerungspolitisch aufnahmefähigen Gebieten vor);**
3. **der Einfluß der Rationalisierung der Bauwirtschaft auf die Einsparung von Arbeitskräften.**

Schon die Ursachen der außergewöhnlich starken Entwicklung des Baugewerbes im Industriegebiet in den letzten Jahren, die an dieser Stelle mehrfach behandelt wurden, lassen eine Aufrechterhaltung der Bautätigkeit im Umfange der Jahre 1927 bis 1929 als sehr zweifelhaft erscheinen. Das **Rationalisierungsprogramm der Schwerindustrie,** das in dem Bau von etwa 40 Großkokereien, mehrerer großer chemischer Werke, dem Neubau von Uebertageanlagen im Zusammenhang mit der Konzentrationsbewegung im Ruhrbergbau und in den Erweiterungsbauten vieler Werke der Großeisenindustrie auf die Expansion des Baumarktes einwirkte, ist im wesentlichen abgeschlossen. Die städtebaulichen Aufgaben der industriellen Großstädte, die im Zusammenhang mit der Eingemeindungsaktion standen, sind mit der Ausführung des Wohnungs- und Straßenbauprogramms des Jahres 1926 und der Errichtung zahlreicher öffentlicher Bauten vorläufig beendet. Diese große Bautätigkeit hat auf der anderen Seite starke Vorgriffe in die außerordentliche Verschuldung der Kommunen zur Folge gehabt.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Industriegebiet hat, besonders in den letzten beiden Jahren,

eine Uebersättigung dieses Bezirks mit Arbeitskräften

gezeigt, die nur durch planmäßige Umsiedlungen in die Landwirtschaft und in aufstrebende ländliche Bezirke ausgeglichen werden kann. Schließlich hat das starke Vordringen des Betonbaues in den Großstädten sowie das Vorherrschen kapitalkräftiger Hoch- und Tiefbauunternehmungen im Ruhrgebiet ein Ausmaß technischer Rationalisierung und im Zusammenhang damit eine so starke Verkürzung der Bauzeiten ermöglicht, daß mit einer dauernden Freisetzung von zahlreichen Bauarbeitskräften in diesem Bezirk gerechnet werden muß, während die Betriebe des flachen Landes sowie der Klein- und Mittelstädte nach wie vor auf eine stärkere Heranziehung menschlicher Arbeitskräfte angewiesen sind.

Der beste Polizeihund des Niederrheins

Bei der großen öffentlichen Verbandspolizeihunde-Prüfung des niederrheinischen Prüfungsverbandes, die am Sonntag in Gelsenkirchen stattfand, erzielte der deutsche Schäferhund „Rolf", Führer und Besitzer Herr Dahms (Duisburg-Meiderich), mit der Punktzahl 292 den ersten Preis und zugleich den Wanderpreis. „Rolf" ging im Jahre 1929 in seiner Klasse als Sieger des Reiches hervor.

Die schönen Künste

Vor einiger Zeit erfuhr die Akademie der schönen Künste in Paris, daß sich die Witwe eines verstorbenen Künstlers in großer Not befinde. Es wurden Erkundigungen eingezogen und die Akademie entschied, der Madame P. eine Unterstützung von 2000 Franken zukommen zu lassen. Der mit der Uebersendung des Geldes beauftragte Kassierer schrieb auf die Postanweisung zwar die richtige Hausnummer, aber einen falschen Straßennamen, den er irrtümlich notiert hatte. Nun wollte es der Zufall, daß in dem Hause der Nr. 10 der falsch angegebenen Straße ebenfalls eine Frau wohnt, die den gleichen Familiennamen hat wie die Witwe des Künstlers. Mit freudigem Erstaunen quittierte die Unrichtige das unvorhergesehene, aber hochwillkommene Geld.

Vergebens wartet die Akademie auf den Dank der Witwe. Der Kassierer macht sich deshalb auf die Socken, um einmal die Empfängerin persönlich aufzusuchen. Er kommt in die Wohnung; eine sehr hübsche, gutgenährte und gut angezogene Frau empfängt ihn, deren Aussehen in keiner Weise mit den Hungerschilderungen und dem elenden Zustand übereinstimmt, in dem sich die Künstlerswitwe befinden sollte. Erstaunt fragt der Kassierer: „Wissen Sie eigentlich, Frau P., warum Ihnen die Akademie das Geld geschickt hat?" Nach einigem Zögern antwortet die Schöne: „Wahrscheinlich bin ich zu einem Ihrer Herren sehr nett gewesen!"

Die Geschichte, deren Wahrheit verbürgt ist, endete auf dem Polizeikommissariat.

Kolonisation

Jonathan Swift, der Verfasser von „Gullivers Reisen" charakterisierte einmal die Kolonisationsmethoden der Völker wie folgt: „Jede europäische Nation hat eine andere Art, zu kolonisieren. Die Spanier fangen damit an, eine Kirche zu bauen, die Franzosen damit, ein Fort und die Engländer damit, eine Kneipe zu errichten."

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Deutscher Freidenkerverband
für Freidenkertum und Feuerbestattung.

Am Sonntag, dem 17. August, nachmittags 3 Uhr, findet im kleinen Saale der Ausstellungshalle (Eingang Augustastraße) unsere Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, unbedingt zu erscheinen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Janssen (Essen) über Weltschöpfungsfragen im Lichte des historischen Materialismus". 2. Verbandsangelegenheiten. Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, eine Stunde vorher zu erscheinen.

Nr. 187. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Mittwoch, den 13. August 1930.

2. Volkshochschullehrgang des Volksbildungsheims Eckartshof bei Halberstadt

Das Volksbildungsheim Eckartshof bei Halberstadt veranstaltet in der Zeit vom 3. November 1930 bis 28. Februar 1931 seinen 2. Volkshochschullehrgang. Als Teilnehmer kommen junge Männer im Alter von 18 bis 30 Jahren in Frage, denen daran liegt, eine Einführung in die wirtschaftlichen, politischen und geistig-weltanschaulichen Grundlagen und Strömungen unserer Zeit zu erhalten. Im Mittelpunkt des Lehrganges steht eine Schulungswoche, die in Verbindung mit der Berliner Hochschule für Politik durchgeführt wird. Besonders für den erwerbslosen jungen Arbeiter besteht die günstige Gelegenheit, die Zeit seiner unfreiwilligen Muße nutzbringend auszufüllen. Alle Teilnehmer wohnen im Eckartshof und werden dort auch verpflegt. Da nur 25 bis 30 Plätze zur Verfügung stehen, ist es ratsam, Anfragen und Anmeldungen möglichst bald an die Leitung des Eckartshofes zu richten.

Reichspostflüge Berlin-London

Den alle Tage verkehrenden Reichspostflügen (Nachtflügen) Berlin—London, ab Berlin 22.0, ab Hannover 0.20, ab Köln 3,30, an London 6.55, werden vom 10. August an wie in den Monaten April und Mai, soweit Laderaum verfügbar ist, auch solche Briefe und Postkarten nach Großbritannien mitgegeben, für die kein Luftpostzuschlag entrichtet ist. Die Luftpostsendungen, für die der Zuschlag bezahlt ist, werden jedoch stets mit Vorrang befördert. Die Auswahl der zuschlagsfreien Post behält sich die Deutsche Reichspost vor. Zuschlagsfreie Post soll mitgegeben werden von Berlin aus vom 10. bis 25. August, von Hannover und Köln aus vom 26. August bis 10. September. Die Beförderung der zuschlagsfreien Post hat den Zweck, die Verkehrswelt auf den großen durch diese Nachtflüge zu erzielenden Zeitgewinn — nach London etwa 20 Stunden — aufmerksam zu machen.

Die Preise für landwirtschaftliche Produkte

Der Vorstand der Vereinigung des Rheinischen Bauernvereins und Rheinischen Landbundes haben zu den aktuellen Fragen der Landwirtschaft in einer Sitzung in den letzten Tagen nachstehende Entschließung gefaßt:

Der Vorstand der Vereinigung des Rheinischen Bauernvereins und Rheinischen Landbundes stellt erneut fest, daß die Produkte der Viehwirtschaft, die für die bäuerliche Wirtschaft von überragender Bedeutung sind, sowie die Edelprodukte des deutschen Westens, Obst, Gemüse und Wein, sowie die Kartoffeln, bisher keine Besserung im Preise erfahren haben, sondern daß hier sogar eine erhebliche Verschlechterung der Produktionsbedingungen eingetreten ist. Insbesondere auf dem Milchmarkt ist durch die uneingeschränkte Einfuhr ausländischer Molkereiprodukte, eine völlig unerträgliche Lage herbeigeführt. Der Vereinsvorstand bedauert, daß die zum Schutze dieser Produkte notwendigen handelspolitischen Maßnahmen nicht getroffen sind. Er bedauert insbesondere, daß der schon vor mehr als Jahresfrist beschlossene erhöhte Butterzoll bisher nicht verwirklicht wurde, und daß ein angemessener Zollschutz von Obst und Gemüse nach wie vor durch den italienischen Handelsvertrag gehemmt wird. Mit Empörung hat der Vereinsvorstand Kenntnis genommen von der Eingabe des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an den Herrn Reichsernährungsminister in der Frage des finnländischen Handelsvertrages. Der Vorstand stellt fest, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie hier einen Vorstoß gegen die Lebensmöglichkeit der gerade an der Viehwirtschaft besonders interessierten bäuerlichen Bevölkerung unternimmt und den gemeinsamen Bestrebungen der Reichsregierung und des landwirtschaftlichen Berufsstandes auf Wiederherstellung der Rentabilität in der Landwirtschaft in den Rücken fällt. Der Vereinsvorstand bittet die Reichsregierung, diesen Vorstoß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie keine Folge zu geben. Er bittet insbesondere, den deutsch-finnischen Handelsvertrag umgehend zu kündigen, wenn nicht Finnland das private Abkommen endlich uneingeschränkt anerkennt. Der Vereinsvorstand bittet weiter, mit allem Nachdruck für eine Abänderung des italienischen Handelsvertrages hinzuwirken, damit wenigstens für das nächste Wirtschaftsjahr dem deutschen Obst- und Gemüsebau in etwa Rentabilitätsmöglichkeiten geschaffen wird.

*

In der vorstehenden Entschließung macht sich der Interessentenhause bemerkbar. Nun ist es richtig, daß der Landwirt nicht die Preise bekommt, die er nötig hat. Der Verbraucher muß aber hohe Preise zahlen. Das Mißverhältnis liegt beim Handel, der der lachende Dritte ist.

Gründung eines Reichsbundes der älteren Erwerbslosen

Die besonders unter den älteren Erwerbslosen herrschende Not hat einige der besonders Betroffenen aus Wuppertal veranlaßt, einen Reichsbund der älteren Erwerbslosen zu gründen, dessen Sitz Wuppertal ist. Die Gründer glauben, durch die Macht des Zusammenschlusses erreichen zu können, daß sich die älteren Erwerbslosen aus eigener Kraft bzw. mit Hilfe der Organisation eine neue Existenz mit bescheidenem Einkommen sichern.

*

Zu der bevorstehenden Gründung ist zu sagen, daß was der bestehende Zentralverband der Angestellten nicht in der Lage ist, zu erreichen, der neue Bund auch nicht erreichen wird. Im Gegenteil, durch die neue Zersplitterung wird die Stoßkraft gelähmt und nicht gefördert.

England wünscht sich Jugendherbergen nach deutschem Muster

Eine interessante Gästebuch-Eintragung.

Die englische Jugend, die auf ihren Wanderungen durch Deutschland auch mit den deutschen Jugendherbergen Bekanntschaft gemacht hat und sich in der Heimat begeistert über diese Organisation äußert, hat durch die Gründung eines eigenen „Youth-inn Comitees" in London jetzt den ersten Schritt zur Gründung von Jugendherbergen auch in Großbritannien getan. Interessant ist, daß sogar in den deutschen Jugendherbergen für dieses engl. Jugendherbergswerk geworben wird. Im Gästebuch der DJH. Pforzheim wendet sich mit einer Eintragung ein englischer Besucher an seine Landsleute und schreibt u. a.: „. . . verlangt auch Herbergen in eurem eigenen Land! Werdet Mitglied der englischen Gesellschaft für Wanderherbergen! Wir haben die Gastfreundschaft fremder Nationen — insbesondere der Deutschen — mehrere Jahre genossen. Ohne Jugendherbergen in England können wir sie nicht vergelten . . ."

So dunkel ihr Gewand, so dunkel ist ihr Tun

Eine Zentrumsanfrage im Landtage über das Hilfswerk Neurode, die eine glatte Verleumdung darstellt

In der bürgerlichen Presse und insbesondere in den Zentrumsblättern, u. a. auch denen in Gelsenkirchen und Recklinghausen, ist jetzt folgende Notiz zu lesen:

Aachen, 5. Aug. Von den Zentrumsabgeordneten Steger, Harsch, Rürup und Effert ist unter dem 5. August folgende kleine Anfrage beim Preußischen Landtag eingereicht worden:

In der Sitzung des Kreistages des Kreises Neurode vom 16. Juli 1930 hat der stellvertretende Landrat des Kreises Neurode angeregt, von den Geldern, die zur Unterstützung der Opfer des Grubenunglücks bzw. von deren Hinterbliebenen aus örtlichen Mitteln bewilligt und von privater Seite gesammelt worden sind, einen Teil zum Bau einer Kreiswasserleitung, sowie für das Jugendheim Karlsberg und zum Neubau eines Jugendheims in Hausdorf zu verwenden. Eine solche Verwendung dieser Gelder würde dem Willen der Instanzen, die die Gelder ausdrücklich für die Unterstützung der Opfer der Grubenkatastrophe und von deren Hinterbliebenen bewilligt, sowie derjenigen, die Gelder bei Sammlungen zu dem klar festgelegten Zweck hergegeben haben, direkt widersprechen. Wir fragen deshalb an:

„Ist die Staatsregierung bereit, den zuständigen Instanzen strengstens zur Pflicht zu machen, die fraglichen Gelder im Sinne der Geldgeber zu verwenden und nicht für Institutionen, die zum Teil ganz einseitig den Interessen einer politischen Partei dienen?"

*

Weil uns die Sache von vornherein absolut unglaubwürdig schien, haben wir uns in dieser Frage an unser in Waldenburg erscheinendes Bruderblatt, die „Schlesische Bergwacht" gewandt. Die Redaktion war so freundlich, uns ihre Nr. 184 vom Samstag, dem 9. August, zu übersenden und uns auf ihre darin enthaltenen Antwort zu verweisen, die sie auf diese Zentrumsanfrage gegeben hat. Wir geben diese Antwort der „Schlesischen Bergwacht" im Wortlaut wieder:

Die Anfrage stellt, so schreibt die „Bergwacht", eine infame Verleumdung dar, wie nach-folgend näher bewiesen werden wird. Auffällig ist schon daß nicht schlesische Zentrumsabgeordnete die Anfrage einbringen wollen, sondern solche aus dem schwarzen Aachen, wo der Rückschritt noch wahre Orgien feiert, also von Leuten, die das Waldenburg-Neuroder Kohlenrevier kaum dem Namen nach kennen. Diesen Zentrumsabgeordneten wurde etwas vorgelogen, damit sie die Dummheiten machen, für die sich die schlesischen Zentrumsabgeordneten wahrscheinlich für zu schade hielten. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus, als sie in der erwähnten Anfrage geschildert wurde.

In der Sitzung des Kreistages Neurode vom 16. Juli 1930 hat der stellvertretende Landrat des Kreises Neurode darauf hingewiesen, daß es zweckmäßig sei, die für das Grubenunglück eingegangenen Mittel zu zentralisieren und die Verteilung derselben in umsichtiger Weise vorzunehmen, damit einmal Ungerechtigkeiten vermieden und ferner auch die Zukunft aller durch das Unglück in Mitleidenschaft gezogenen Kreise (Frauen, Kinder, Eltern usw.) in genügender Weise sichergestellt werde. Zu erwägen sei auch, ob man nicht auch die allgemeine Notlage des Kreises bei dieser Gelegenheit den weitesten Kreisen in Erinnerung rufen müsse, um Mittel zu erhalten **für notwendige gesundheitliche Anlagen und Einrichtungen**, wie z. B. zum Ausbau des Jugendheims in Hausdorf und den Bau einer Kreiswasserleitung.

Der kommissarische Landrat, Genosse Dr. Middelhause, bezweckte also lediglich die öffentlichen Stellen für dauernd für das Neuroder Revier zu interessieren und öffentliche Mittel, die mit dem Hilfswerk für die Hinterbliebenen der Hausdorfer Grubenkatastrophe nichts zu tun haben, für kulturelle und soziale Zwecke zu erlangen. Seine Anregungen führen denn auch zu einer Sitzung der in Frage kommenden Vertreter der Spender. In dieser Sitzung waren u. a. auch die freien wie die christlichen Gewerkschaften vertreten. Hier machte Dr. Middelhause die gleichen Ausführungen wie im Kreistage.

Bei der sehr eingehenden und äußerst sachlich gehaltenen Aussprache wurde angeregt, in erster Linie selbstverständlich der Verunglückten und deren Hinterbliebenen zu gedenken. Dann aber auch diejenigen nicht zu vergessen, **die infolge des Unglücks Beihilfen und Stützen verlieren**, sowie diejenigen zu bedenken, **die infolge gesundheitlicher Schädigung Nachteile erleiden**. Angebracht erscheine es, **die spätere Zukunft der vaterlos gewordenen Kinder** sicherzustellen, eventuell dadurch, daß man Sparbücher mit entsprechenden Einlagen einrichtet und dabei die notwendigen Vorsichtsmaßregeln trifft, daß die Beträge nicht ohne weiteres aufgebraucht werden können, sondern **den betroffenen Kindern für spätere Zeiten wenigstens zum Teil zur Verfügung gehalten werden.**

Um die Verteilung der durch Sammlungen aufgebrachten Mittel in der gewünschten Weise zu ermöglichen, wurde ein sogenannter Arbeitsausschuß gewählt, dem u. a. auch Vertreter des Karitasverbandes, der christlichen Gewerkschaften, des vaterländischen Frauenvereins usw. angehören. Später ist dann auch, wie bereits durch die Presse berichtet, die Spendenverteilung nach den Vorschlägen des Ausschusses erfolgt. Man fragt sich, wie trotz alledem die eingangs abgedruckte Anfrage zustande kommen kann. Wir glauben nicht, daß die Zentrumsvertreter in all den erwähnten Sitzungen geschlafen haben, nehmen vielmehr an, daß die Vergiftung der öffentlichen Meinung und die gegen den kommissarischen Landrat gerichtete infame Verleumdung dem Zentrum einen besseren Wahlerfolg bringen sollten. Man hat die Giftspritze diesmal zu früh in Tätigkeit gesetzt, denn es ist glücklicherweise noch vor der Wahl möglich gewesen, die ganze Aktion des Zentrums als Schwindel zu entlarven. Das Infamste an der ganzen Anfrage ist der Schlußsatz, wo von den „Interessen einer politischen Partei" gesprochen wird. Wer genügend bei Verstande ist, wird den Blödsinn, der in diesem Schlußsatz steckt, sofort begreifen, denn selbst wenn der Neuroder Landrat von dem unbedingt notwendigen Bau einer Kreiswasserleitung und von Kinderheimen gesprochen hat, so dient weder das eine noch das andere einer politischen Partei. Das wissen die Zentrümler ebensogut wie wir, aber die Verleumdung mußte ins Werk gesetzt werden, weil sich doch die Zentrumspartei oftmals die Partei für Wahrheit und Recht nennt.

*

Diese Antwort unseres Waldenburger Bruderblattes läßt an Deutlichkeit und Klarheit nichts zu wünschen übrig. Wir können nur das eine tun, sie nach Kräften zu unterstreichen und hoffen, daß sie die nötige Aufklärung bringen möge; denn die ist ja solch schäbigen Kampfmitteln gegenüber durchaus notwendig.

Wirtschaftspartei und Nazis für Zwangsarbeit

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband schreibt:

„Die Wirtschaftspartei sowie die Nationalsozialisten beantragen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für alle Deutschen vom 17. bis 25. Lebensjahr. Dieser „Ehrendienst und Dienst für Volk und Reich" soll bei einer Entlohnung von 40 Pfennig den Tag ein Jahr oder zweimal ein halbes Jahr dauern. Den Nationalsozialisten geht es dabei um verkappte militärische Betätigung, womit wir uns hier nicht weiter beschäftigen wollen.

Wir empfinden den Antrag zunächst als eine empörende Beleidigung der breiten Masse von Jugendlichen und Arbeitslosen, die ganz allgemein als faul und arbeitsscheu hingestellt werden. Anders kann man es nicht auffassen, wenn der Antrag sagt: „Die Arbeitsdienstpflicht soll die deutsche Jugend zur freiwilligen Unterordnung gegenüber dem Wohl der Allgemeinheit, zur Arbeit und Pflichterfüllung erziehen."

Haben diese Leute eine Ahnung von der seelischen Qual und Verzweiflung der Eltern und der Jugendlichen, die sich Monate und Jahre vergeblich um eine Arbeitsstelle bemühen? Es ist ein selbstverständlicher Wunsch, daß möglichst viele Arbeitslose wieder „in den Produktionsprozeß" eingeschaltet werden. Ein Universalmittel dafür gibt es leider nicht, aber viele Mittel könnten zusammenwirken, auf diesem Wege wenigstens vorwärts zu kommen. Wenn wir Senkung der Kartellpreise fordern, Ausschaltung unnötigen Zwischenhandels, wirksame Preiskontrolle, so wütet dagegen niemand mehr als die Wirtschaftspartei. Als es gelungen war, in das Brotgesetz eine Bestimmung einzuschalten, daß Brot, wie das in vielen Gegenden Deutschlands üblich ist, nur nach Gewicht verkauft werden darf, stimmten die Wirtschaftspartei wie die Nazis geschlossen dagegen!

Wenn wir Reallöhne für die Arbeitnehmer fordern, welche die Inlandskraft erhöhen, wenn wir für eine Handelspolitik eintreten, die unsere Ausfuhr zu steigern geeignet ist, finden wir als unsere Gegner

die Wirtschaftspartei, die sich von kurzsichtiger Interessenpolitik leiten läßt.

Wenn sich die Wirtschaftspartei die Arbeitsdienstpflicht als ein Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit denkt, so ist sie Kurpfuscherin im schlimmsten Sinne des Wortes: Beschäftigte man eine Arbeitsarmee von vielleicht ¾, 1 bis 1¼ Million mit Arbeiten, die heute schon verrichtet werden, so würde man Arbeitslose an die Stelle anderer Arbeiter setzen. Wollte man sie mit zusätzlicher produktiver Arbeit beschäftigen (Oedlandkultivierung, Kanal-, Straßenbau usw.), wie es der Wirtschaftspartei vorzuschweben scheint, so wäre die ganze Frage ein Kapitalsproblem.

Arbeitsausrüstung, Kleidung, Wohnung und Verpflegung für eine Millionenarmee würden Milliarden erfordern in einer Zeit, in der die Wirtschaftsbetriebe am meisten über Steuerdruck jammern, in der man um ein paar Hundert oder Dutzend Millionen Regierung und Finanzminister stürzt! Damit ist wohl genügend die Phrase in dem Antrag gekennzeichnet: „Sie soll neue Arbeitsmöglichkeiten erschließen, die das Recht aller Deutschen auf Arbeit verwirklichen läßt, und dazu beitragen, die Reparationslasten abzudecken."

In seinem letzten Teil scheint dieser Satz ungefähr so gescheit wie Hugenbergs Reparationsabgabe! Einzelne Bestimmungen des Antrages und ebenso konfus wie das Ganze. So soll gnädigst derjenige von der Arbeitsdienstpflicht vorläufig befreit werden, wenn durch die Erfüllung eine wirtschaftliche Existenz vernichtet oder wesentlich beeinträchtigt würde. In einem anderen Paragraphen heißt es: „Die Einberufung zum Arbeitsdienst löst bestehende Arbeitsverträge ohne Anspruch auf Entschädigung."

Die Mittelständler sollen natürlich nicht leiden, für sich fordern sie Freiheit, für Millionen andere Zwang!

Selbstverständlich haben sich die Wirtschaftsparteiler auch über die Führung dieser einheitlich gekleideten Arbeitsarmee den Kopf zerbrochen. Das Führerpersonal soll aus Beamten des Reichs, der Länder und Gemeinden bestehen, die sich für den Dienst eignen und Wartegeldempfänger sind. Heeresangehörige, die nach einwandfreier Ableistung ihrer Dienstzeit entlassen sind, werden bevorzugt. Wieviel von diesen Leuten mögen sich wohl für die Leistung produktiver Arbeit eignen? Das ist den Wirtschaftsparteilern aber wohl nicht die Hauptsache, sondern die Unterbringung aller Heeresangehörigen!

Man mag sich dies Hundstagsprodukt ansehen wie man will, man kommt nur zu dem Ergebnis:

sein Wesen ist Wirtschaftsunsinn!

Man darf aber den Antrag nicht leicht nehmen, weil auch bürgerliche Kreise über die Wirtschaftspartei hinaus mit diesem Gedanken liebäugeln.

In der „Bergwerks-Zeitung" vom 15. Juli spricht sich Prof. Hoffmann für den Gedanken aus. Er möchte eine enge Verbindung mit dem Erwerbslosenproblem, d. h. Zwangsarbeit für Erwerbslose. Er ist begeistert von dem Beispiel Bulgariens, wo man eine solche Dienstpflicht hat (mit Loskaufmöglichkeit, also nur für die Armen!), und wo man es sogar soweit gebracht hat, daß der Staat aus dieser Dienstpflicht eine Einnahmequelle gemacht hat!"

*

Was der Metallarbeiter-Verband vorstehend schreibt, dem können wir uns restlos anschließen.

Büdo für alle Schuhe



Im Rahmen der Verfassungsfeier

wickelten sich die ersten Meisterschaftsspiele ab.

Zum ersten Male in der Geschichte der Arbeitersportbewegung, 13. Bezirk, haben sich die Vereine des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in den einzelnen Kommunen an den Verfassungsfeiern beteiligt. Die Beteiligung in den einzelnen Gemeinden war eine gute. Sie hat sich sicher propagandistisch ausgewirkt, um so mehr, als sie von anderen Organisationen räumlich abgegrenzt war. Hoffentlich ist dieses ein guter Auftakt zu den Wahlen gewesen.

Meisterschaftsspiele.

Freiheit Gelsenkirchen — Vorwärts Gelsenkirchen 2:3 (2:1).

Trotz der Verfassungsfeier, an der sich demonstrativ unsere Vorwärtser beteiligten, ließen sie es sich nicht nehmen, noch zum Meisterschaftsspiel anzutreten. Nach den üblichen Tastversuchen beider Mannschaften, schien es, als wenn Vorwärts die Oberhand bekommen sollte. — Scheinbar. — Durch einen langen Schuß des Mittelläufers (der sich heute in ausgezeichneter Form befand) geht Vorwärts in Führung. Doch nicht lange dauert die Freude, Rechtsaußen von Freiheit versteht es, durch einen Schrägschuß den Ausgleich zu erzielen. Und kurz vor der Pause stellt der Halblinke der Freiheitler das Spiel auf 2:1. Mit diesem Ergebnis geht es in die Pause.

In der zweiten Spielzeit sind unsere Vorwärtser gar nicht wiederzuerkennen. Es erfolgte Schuß auf Schuß. Aus einem Gedränge gibt es einen Elfer, der unhaltbar verwandelt werden konnte. Der Ausgleich ist erzielt. Es geht ums Ganze — um den Sieg. Vorwärts ist die glückliche Mannschaft — der kleine Halblinke erwischt das runde Leder, und der Torwart muß um sich greifen. Der Schiedsrichter leitete einwandfrei.

Die 2. Mannschaft der Vorwärtser ist noch nicht gut in Form. Schlußpfiff 6:0.

Herwest-Dorsten holt den ersten Sieg 3:1 gegen Sportfreunde Buer-Hassel.

Der Tabellenletzte Herwest-Dorsten schlägt den Tabellendritten mit obiger Niederlage. Sofort nach Anstoß gehen unsere Herwester scharf vor, doch die Verteidigung konnte klären. Weiter geht der Kampf. Der Halbrechte kann das Leder noch soeben erreichen, und sendet mit Bombenschuß ein. Sportfreunde will aufholen, doch der Mittelstürmer der Herwester dreht den Spieß um, und stellt das Spiel durch einen Schuß auf 2:0. Kurz vor der Pause besinnen sich unsere Sportfreunde, und holen sich das erste und auch das letzte Tor. Nach der Pause wird Herwest vollständig überlegen, doch die heldenhafte Verteidigung weiß noch immer das Tor rein zu halten. Kurz vor Schluß stellt der Halbrechte der Herwester das Schlußergebnis fest, 3:1. Zur Kritik ist zu bemerken, daß Sportfreunde Buer-Hassel mit Ersatz angetreten war, dagegen Herwest mit seinen alten Mannen. Schiedsrichter war gut.

Die 2. Mannschaft der Sportfreunde mußte ebenso eine Niederlage hinnehmen, 7:0.

Verein für Leibesübungen Horst-Emscher kann knapp aber sicher die Freie Turnerschaft Recklinghausen mit 3:2 bezwingen.

Angenehm enttäuscht wurden wir durch dieses Meisterschaftsspiel. Die Freie Turnerschaft Recklinghausen zeigte, daß mit ihnen in der Mittelgruppe gerechnet werden muß. Der Anstoß sieht die Gäste in Front, und schon heißt es 1:0 für Recklinghausen. Horst will gleichziehen, doch es scheitert alles an der guten Verteidigung. Nach der Pause scheint es so, als wenn sich Horst-Emscher besonnen hat. Gefährliche Angriffe werden eingeleitet. Nicht lange, und Horst-Emscher geht in Führung, wiederum durch den Halbrechten, der Halblinke stellt das Ergebnis auf 3:1. Kurz vor Schluß kann Recklinghausen ein weiteres Tor aufholen. Der Ausgleich konnte geholt werden, doch machte der zu jederzeit gut amtierende Schiedsrichter dem schönen Spiel ein Ende.

Spielverein Bertlich überfährt Heßler-Katernberg mit 3:0.

Ein selten schönes Spiel lieferten sich obige Gegner unter Leitung eines Vereinsschiedsrichters, da der angesetzte Schiedsrichter ausblieb. Sofort nach Anstoß ein flottes Hin und Her, und schon nach ein paar Minuten heißt es Tor für Bertlich. Der Halbrechte war der Torschütze. Der Mittelstürmer stellt auf 2:0 und der Halbrechte kann wiederum das Ergebnis auf 3:0 stellen.

Die zweite Halbzeit verlief torlos. Die Gäste waren nicht wiederzuerkennen. Doch die gut gemeinten Angriffe zerschellten. Und so mußten unsere Gäste heimwärts ziehn, ohne Punkte.

Die 2. Mannschaft der Bertlicher konnte auch hier einen Sieg buchen, und zwar hieß es hier 4:0.

Die größte Ueberraschung.

Buer-Resse konnte gegen Buer-Scholven nur ein 1:0 herausholen.

Vor sehr vielen Zuschauern fand dieses Treffen statt. Sofort nach Anstoß flotte Vorstöße beiderseits. Doch es will zu zählbaren Erfolgen nicht reichen. Außerdem hatte der Platzverein 2 Ersatzleute in seinen Reihen mitwirken, die sich bemerkbar machten. Bis zur Pause 0:0. Nach der Pause zog Resse alle Register seines Könnens und es glückte ihnen, das einzige Tor des Tages zu treten.

Die 2. Mannschaft der Resser konnte ebenso mit einem Siege aufwarten, 6:1.

Auch die Schülermannschaften gaben sich ein Treffen, welches für die Schüler der Resser 5:1 endete.

Rasensport Wattenscheid — Gelsenkirchen-Heßler 2:4 (1:4).

Beide Vereine haben Ersatz. Schon die ersten Minuten kann Heßler durch seinen Mittelstürmer in Führung gehen. Der Halbrechte stellt die Partie auf 2:0, Rechtsaußen will auch mit von der Partie sein, und stellt auf 3:0. Der Mittelstürmer weiß sich wiederum durchzusetzen, und schon steht das Spiel 4:0. Die Wattenscheider werden wach, ein Vorstoß und der Halblinke kann zum ersten Tore einsenden. Pause. In der zweiten Spielhälfte können die Wattenscheider ein weiteres Tor erzielen.

Die 2. Mannschaft der Wattenscheider konnte einen Sieg herausholen, von 4:1.

Herten — Grün-Weiß Eickel 2:1 (0:1).

Das Spiel fand vorzeitig ein Ende, durch Abbruch der Eickeler Mannschaft.

Die 2. Mannschaft der Hertener holte einen Sieg von 4:0 heraus.

Die zweite Ueberraschung.

Titania Essel schlägt den Spitzenführer der Vestischen Gruppe, die Vereinigten aus Datteln, mit 4:3.

Schon in der 4. Minute kann Datteln in Führung gehen. Essel kann kurz darauf durch einen Elfer ausgleichen. Dann wiederum ein Elfer für Essel, der verwandelt werden konnte, darauf das 3. Tor. Das 4. Tor konnte der Halbrechte durch gutes Zuspiel holen. Nach der Pause scheint es, als wenn Datteln das Feld beherrschen sollte, das zweite Tor der Dattelner resultierte aus einem Elfer, ebenso das dritte Tor. Der Ausgleich konnte trotz der größten Anstrengung nicht geholt werden.

Die 2. Mannschaft der Esseler konnte ebenso mit einem Sieg aufwarten, 3:1 war hier das Resultat.

Freie Turnerschaft Eickel — Wanne 0:3 (0:2).

Wanne kann schon in den ersten Minuten in Führung gehen, durch einen Elfer. Danach verteiltes Spiel. Durch ihren Linksaußen kann Wanne ein weiteres Tor holen. Pause. Nach der Pause kann Wanne sich zum dritten Male durchsetzen.

Auch der 2. Mannschaft der Eickeler war es nicht vergönnt, einen Sieg zu holen, die Niederlage war 5:1.

Sportfreunde Wanne West — Röhlinghausen 1:3 (1:1).

Der Bezirksmeister konnte auch hier wiederum sein gutes Spielsystem unter Beweis stellen. Bis zur Pause stand es noch 1:1. Dann war es aber um unsere Sportfreunde geschehen. Schlußeffekt 3:1 für unseren Bezirksmeister.

Die 2. Mannschaften trennten sich mit 3:3.

Bei der 2. Mannschaft war es der von Röhlinghausen gelungen, eine 4:2 herauszuholen.

Röhlinghausen Alte Knaben — Sportfreunde West Alte Knaben 3:3.

Sie trennten sich mit einem Unentschieden.

Aus dem Handballager.

Bottrop-Boy — Wassersport Schonnebeck 10:2 (4:2).

Sofort im Anwurf ein blendendes Vorgehen unseres Bezirksmeister. Ein Wurf, und der Torwart drehte sich, 1:0. Mitte Anwurf, und weiter geht das flotte Spiel, Bottrop weiß sich wiederum durchzusetzen, und das zweite Tor ist fällig. Die Wassersportler werden jetzt aufgeweckter, und statten den Bottropern Besuche ab. Ein Tor kann geholt werden, auch noch ein weiteres, doch dann ist Bottrop nicht mehr zu halten, bis zur Spielhälfte noch zwei weitere Tore. In der zweiten Spielhälfte wird die Ueberlegenheit der Bottroper nocht sichtlicher. Eine vollständige Einschnürung des Gastes findet statt. Sechs weitere Tore konnte Bottrop noch werfen, dann machte der zu jederzeit gute Schiedsrichter dem schönen Propagandaspiel ein Ende. Mit 10:2 konnte unser Bezirksmeister wiederum sein altes Können unter Beweis stellen.

Bottrop-Boy Reserve — Wassersport Schonnebeck Reserve 6:0.

Unsere Alten zeigten sich wieder von der besten Seite.

Bottrop-Boy Turnerinnen — Schonnebeck Turnerinnen 3:0.

Schon wiederum ein Sieg der Mädels von Bottrop.

Bezirksnachrichten und sonstige Mitteilungen

13. Turnspartenbezirk.

Samstag, den 16. August, abends 7 Uhr, findet in Wanne-Eickel (Lokal Grothoff) eine außerordentliche erweiterte Turnsparten-Vorstandssitzung statt. Die Genossen Ritter, Vollmer, Brinkmann, Saatkamp, Chudziak und Strunk haben zu erscheinen. Ebenso alle anderen.

Georg Wohlgemuth.

13. Handballbezirk.

Sämtliche Vereine werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, ihre Schiedsrichter und Kursisten zu den angesetzten Lehrstunden zu entsenden, ebenso ergeht der Aufruf an die neu hinzugekommenen Vereine. Andernfalls die Strafe in Kraft treten wird vom 2. 5., Lehrstunde in Recklinghausen Süd.

Laut Beschluß der letzten Sitzung in Wanne werden Abmeldungen nicht mehr entgegengenommen, weil doch bestimmt ein jeder Verein einen Genossen überhaben muß. Ebenso werden auch die Spielerinnenmannschaften darauf aufmerksam gemacht, ruhig eine, wenn es die Finanzen erlauben, auch zwei Genossinnen zu schicken.

Bußmann, Schiedsrichterobmann.

13. Fußballbezirk.

Gladbeck-Rentfort hat vorläufig seinen Spielbetrieb wegen der außergewöhnlich schlechten Wirtschaftslage eingestellt.

Der Bezirksausschuß.

Bericht von der Sportveranstaltung des Arbeiter-Sportkartells Recklinghausen zur Verfassungsfeier.

Platz Schimmelsheide.

Das Arbeitersportkartell ließ es sich auch in diesem Jahre nicht nehmen, anläßlich der Verfassungsfeier durch eine sportliche Veranstaltung mitzuwirken. Leider blieben ein paar Gegner für die angesetzten Spiele aus, doch die Mannschaften, die dafür in die Bresche sprangen, lösten alles zur Zufriedenheit der vielen Interessenten, die gekommen waren.

Freie Turnerschaft Recklinghausen (1.) gegen Eintracht Recklinghausen (Reserve) 9:0.

Die Reserve der Eintrachtler verstand es, sich einige Male durchzusetzen, aber zum Torewerfen langte es nicht.

Die nun folgenden Läufe brachten folgende Ergebnisse:

10 mal 100-Meter-Stafette: Sieger: Schwimmer Recklinghausen, dicht darauf folgt Eintracht Recklinghausen.

4 mal 100-Meter-Stafette für Sportlerinnen: Sieger: Eintracht Recklinghausen.

100-Meter-Lauf: Sieger: Eintracht Recklinghausen.

100-Meter-Lauf für Sportlerinnen: Sieger: Eintracht Recklinghausen.

400-Meter-Lauf für Sportlerinnen: Sieger: Eintracht Recklinghausen

800-Meter-Lauf für Sportler: Sieger: Eintracht Recklinghausen.

Im Anschluß hieran fand das Hauptspiel statt:

Freie Schwimmer Recklinghausen gegen Eintracht Recklinghausen 6:2 (3:1).

Ein ausgeglichenes Spiel. Der Sieger hatte Glück insofern als Eintracht eine Umstellung seiner Mannschaft vorgenommen hatte und sich die beiden Außenleute nicht so bewährten als es von ihnen verlangt wurde.

Turnspartenleiter.

Freie Turn- und Sportgemeinde Wanne (Abt. Handball).

Freitag, den 15. dieses Monats, abends 8 Uhr, findet im Lokale Labod eine Spielersitzung statt. Die Turnerinnen werden gebten, dort zu erscheinen.

Rasensport 23 Dorsten (1.) — Sport-Vereinigung (1.).

Samstag den 9. August trafen sich anläßlich der Verfassungsfeier die 1. Mannschaft von Rasensport und die 1. Mannschaft von Sport-Vereinigung auf dem Städt. Sportplatz, um die Stadtmeisterschaft auszutragen. Einige Tage vorher berichteten schon einige bürgerlichen Zeitungen, daß der Sieg der Sport-Vereinigung wohl sicher sei. Das Spiel kam aber anders, und zwar errang Rasensport einen Sieg von 4:0. Rasensport 23 ist Stadtmeister. — Spielbericht: Um 6.15 Uhr ertönte die Pfeife des Schiedsrichters zum Anstoß. Es wurde auf beiden Seiten hart gekämpft und ein schönes Zusammenspiel gezeigt. Nach 10 Minuten setzte der Sturm von Rasensport sich durch und konnte durch den Mittelstürmer das erste Tor erringen. Nach Wiederanstoß drängte Rasensport hart auf das gegnerische Tor und so konnte nach kaum 5 Minuten durch den Rechtsaußen von Rasensport das zweite errungen werden. Nach dem Verlust von zwei Toren konnte man beobachten, daß den Spielern der Sport-Vereinigung die Lust verging und es dauerte nicht lange, so wurde durch den Halblinken von Rasensport das dritte Tor errungen. Zur Halbzeit stand das Spiel 3:0 für Rasensport. Nach Anstoß wurde auf Seiten der Sport-Vereinigung alles darangesetzt, um wenigstens etwas aufzuholen, aber die gutgezielten Bälle wurden mit Leichtigkeit vom Torwart von Rasensport gehalten. Einen 11-Meter für die Sport-Vereinigung verfehlte sogar sein Ziel. 10 Minuten vor Schluß drängt der Sturm von Rasensport sich wieder durch und so wurde das vierte Tor von dem Halblinken von Rasensport errungen. Man konnte sehen, daß Rasensport überlegen war. Den guten Rat, den der Vorstand ihnen in der letzten Zeit ans Herz gelegt hatte, etwas mehr zu trainieren, scheint man befolgt zu haben. Nach Beendigung des Spieles ging man geschlossen zum Vereinslokal. Der Stadtverordnete der SPD., Koschtulzki, sprach eine lobende Anerkennung aus und sie könnten stolz sein, einem bürgerlichen Verein die Ueberlegenheit gezeigt zu haben

Bezirksnachrichten!

Abfahrt für das am kommenden Sonntag stattfindende Bezirkstreffen in Wanne-Eickel: 13.56 Uhr ab Gladbeck Ost. Es treten A- und B-Klasse zum Spiel an. Nach dem Spiel: Unterhaltung usw. Eintritt frei! Angehörige mitnehmen! Radfahrer treffen sich ebenfalls am Bahnhof Ost. Abfahrt: 12.45 Uhr!

Am 7. September 1930: Meisterschaftsspiel (4. Runde). Gladbeck spielt gegen Essen. Alle drei Klassen treten an! Spieler, denkt an die Bücherkontrolle!

Spiellokale des Vereins sind:
Abt. Mitte: Wirt Mey, Hermannstraße,
Abt. Zweckel: Wirt Kickenberg.
Abt. Brauck: Wirt Hasebrink,
Abt. Butendorf: Wirt Bals.

Spielstunden: Sonntags: 10 bis 13 Uhr; Mittwochs: 19 bis 22 Uhr. Gladbeck Mitte: Freitags: Theoretischer Abend ab 19 Uhr.

Voranzeige.

Der Arbeiter-Turn- und -Sportverein, Gladbeck-Zweckel, begeht am 23. und 24. August, sein 10jähriges Stiftungsfest, verbunden mit leichtathletischen Wettkämpfen, sowie Fuß- und Handballspielen. Wir bitten alle Gewerkschafts- und Parteigenossen, sich an diesen Tagen freizuhalten und uns zu unterstützen.

Arbeiter-Schachverein, Gladbeck.

Aus dem letzten Freundschaftsspiel am 3. August 1930 gingen als Sieger folgende Spieler hervor: Rulofs, Brune W., Pawlikv, Horbach, Witwer, Seeliger, Widlitzki, Matheus, Rieger W. und Brune Rud. Unentschieden spielten: Brune B., Gröne F., Feltz R. und Andrikowski Joh.

Bücher und Zeitschriften

Reichsarbeitsgerichts-Rechtsprechung zum arbeitsgerichtlichen Verfahren.
Von Clemens Nörpel.
Urteile aus Briefen an den Autor.

Rechtsanwalt Dr. Mansfeld, Essen:
... Die Anlage des Buches macht es wirklich zu einem nützlichen Hilfsmittel angesichts der dauernd schwankenden Rechtsprechung.

Senatspräsident Dr. Hermann Dersch, Berlin:
... Ich halte diese Bearbeitung für außerordentlich praktisch. Die wesentlichen Entscheidungen zum Verfahren haben Sie auf diese Art für die Beteiligten sehr bequem und übersichtlich zusammengestellt, und die weißen Einlageblätter ermöglichen es, Ergänzungen, die man sonst doch nicht vornehmen würde, mühelos nachzutragen.

Reichsgerichtsrat a. D. Dr. Staffel, Leipzig:
... Ich halte den mit der Herausgabe des Buches verwirklichten Gedanken für sehr glücklich. Das Werkchen hat mein Interesse um so mehr erweckt, als es über den Rahmen einer Zusammenstellung vielfach hinausgeht und zur Erläuterung des Gesetzes beiträgt.

Professor Dr. Nipperdey, Köln:
... Ich habe Ihr Buch mit großem Interesse durchgesehen und halte Ihre Idee und die Durchführung für sehr glücklich.

Professor Dr. Sinzheimer, Frankfurt a. M.:
... Ich finde die Zusammenstellung ausgezeichnet, vor allem halte ich die Methode der kurzen Kommentierung auf Grund des wesentlichen Inhalts der Rechtssprechung zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes für sehr gut und ich habe sie bereits in einer anderen Schrift, die auch unter Ihrer Mitwirkung zustande gekommen ist, nämlich in der „Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts zum Betriebsrätegesetz" bewundert. Ich kann Ihnen sagen, daß ich die letztere Schrift bereits meinen Vorlesungen über das Betriebsrätegesetz zugrunde lege. Dasselbe wird von jetzt ab auch mit Ihrer Schrift über die Reichsarbeitsgerichtsrechtsprechung geschehen.

Wirtschaft und Gewerkschaft

Die Sonderbesteuerung der Konsumvereine

Herr Schlack, bei der Wahrheit bleiben, wenns auch schwer fällt!

Der Führer der Christlichen Genossenschaften, der zentrümliche Reichstagsabgeordnete Schlack, hatte von der Tribüne des Reichstages die Regierung Brüning wegen der Sonderbesteuerung der Konsumvereine (in Verbindung mit den Warenhäusern) „die reaktionärste Regierung seit der Revolution" genannt. Um die Wirkung dieser vernichtenden Anklage hinterher wieder abzuschwächen, hat Herr Schlack im „Deutschen" eine Erklärung veröffentlicht, in der er die Sozialdemokratie beschuldigte, im Jahre 1922 selbst gegen die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer gestimmt zu haben. Aus Mangel an geeigneterem Agitationsstoff wird jener Vorgang mit der Sonderbesteuerung der Genossenschaften durch die Brüning-Regierung gleichgestellt. Ein demagogischer Wählerbetrug! Denn 1922 handelte es sich darum, ob von der allgemeinen Umsatzsteuer die Genossenschaften befreit werden sollen. Jetzt aber wurden die Genossenschaften sogar einer Sondersteuer unterworfen.

Ferner ist noch zu beachten: Im Jahre 1922 handelte es sich um ein großes Steuerkompromiß zwischen der Mehrheitssozialdemokratie und den bürgerlichen Regierungsparteien zu dem Zwecke, dem weiteren Währungszerfall Einhalt zu gebieten. Bei diesem Kompromiß, durch das umfangreiche Steuererhöhungen, insbesondere bei den Besitzsteuern, vorgenommen wurden, konnte die Sozialdemokratie die Befreiung der Genossenschaften nicht durchsetzen.

Gerade das Zentrum drohte, das ganze Kompromiß zu Fall zu bringen, wenn die Genossenschaften von der Umsatzsteuer befreit würden.

Um nicht das ganze Steuerkompromiß zu gefährden, mußte daher die Mehrheitssozialdemokratie ihren Befreiungsantrag zurückziehen und den Antrag der Unabhängigen, die nicht an der Regierung beteiligt waren, ablehnen. Hätte damals das Zentrum mit der Sozialdemokratie für die Befreiung der Genossenschaften gestimmt, so wäre sie beschlossen worden.

Also:

1922 verhinderte das Zentrum die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer. 1930 erkaufte sich der Zentrumskanzler Brüning durch die Ausnahmesteuer gegen die Genossenschaften die Zustimmung der Wirtschaftspartei zu seinen übrigen Steuerplänen.

In der ersten Erregung hat Herr Schlack die ganze Ungeheuerlichkeit dieses Kuhhandels auf dem Rücken der Genossenschaften durchaus begriffen und seiner Empörung den einzig richtigen Ausdruck gegeben. Hinterher aber hat er es sich anders überlegt. Jetzt möchte er seine „übereilte" Anklage gegen das Kabinett Brüning gern „wiedergutmachen" und muß daher zu Entstellungen seine Zuflucht nehmen.

Was geht in Nordfrankreich vor?

Wahre Ursache der Streikbewegung

Zu der Streikbewegung in Nordfrankreich übermittelt der Internationale Gewerkschaftsbund unserem Mitarbeiter folgende Ausführungen:

Die kommunistischen und konservativen Blätter Frankreichs wollen der Welt glauben machen, daß es bei den großen Streiks in Nordfrankreich gegen die Sozialversicherung im allgemeinen und die Bezahlung des Beitrags der Arbeiter im besonderen geht. Der Wunsch ist dabei Vater des Gedankens. Der Umsturz ist das Programm der Reaktionäre von rechts und von links. Deshalb können sie natürlich nicht dafür sein, daß dem Arbeiter durch Sozialversicherung mehr Existenzsicherheit gegeben wird.

Nicht erst jetzt, sondern schon lange vor der Annahme des Sozialversicherungsgesetzes, ist die Reaktion mit dem Argument aufgerückt, daß durch die Sozialversicherung die Lebenshaltung verteuert werde. Noch mehr: schon bevor das Gesetz in Kraft getreten ist, sind als Abschreckungsmittel die Preise erhöht worden. In wie weiten Kreisen diese sonderbaren Auffassungen über die „sozialen Pflichten" eines Staatsbürgers bereits Fuß gefaßt haben, zeigt ein Schreiben des französischen Handelsministers an die Präsidenten der großen Handels- und Industrieverbände, in dem darauf hingewiesen wird, daß diese Preiserhöhungen (die in einzelnen Fällen bereits bis zu 10 Prozent betragen) zum Sozialbeitrag, der höchstens 5 Prozent beträgt, in keinem Verhältnis stehen. „Diese Preiserhöhungen", heißt es in dem Zirkular weiter, „die durchaus ungerechtfertigt sind und zu den Anweisungen der großen Mehrheit der Handelskammern im Gegensatz stehen, können höchstens eine künstliche und sprungweise allgemeine Verteuerung der Lebensunterhaltes zur Folge haben und gleichzeitig dazu beitragen, den Anstrengungen der Behörden entgegenzuwirken. Wenn die natürliche Entwicklung nicht durch äußere störende Faktoren behindert wird, kann und muß das Sozialversicherungsgesetz ohne spürbare Preiserhöhungen durchgeführt werden!"

Vom Standpunkt der Unternehmer aus soll die Inkraftsetzung des Sozialversicherungsgesetzes offenbar darauf hinauslaufen, daß die Arbeiter nicht nur ihren eigenen Beitrag, sondern indirekt auch noch den Beitrag der Unternehmer zu zahlen haben. Um diesen Beitrag des Unternehmers geht es letzten Endes. Ferner um die Hungerlöhne, die für weite Industrien und Gegenden Frankreichs (mit und ohne Sozialversicherung) allzeit genügend Grund sind, um in Streik zu treten.

Daß die Dinge wirklich so liegen, zeigt das Verhalten der Streikenden selbst. So haben die Vertreter des Gewerkschaftskartells des Streikzentrums Lille soeben einen Beschluß angenommen, der u. a. besagt: **Wir sind uns der Wohltaten des Sozialversicherungsgesetzes bewußt und tadeln die Haltung gewisser sog. Gewerkschaftsführer, die den in Streik stehenden Organisationen ferne stehen, in den Streikorten Fremde sind und versuchen, aus einer gewerkschaftlichen Aktion einen politischen Streik zu machen."**

George Buisson (sozialpolitischer Sachverständiger des Französischen Gewerkschaftsbundes — C. G. T.), der in Zusammenarbeit mit den der C. G. T. angehörenden Organisationen — und somit auch den in Streik stehenden Verbänden — während Jahren in unermüdlicher Arbeit den Kampf für die Sozialversicherung geführt hat, erwidert auf die falschen Darstellungen der kommunistischen und konservativen Presse:

„Seit Jahren haben sich die Arbeiter der öffentlichen Dienste für den Beitrag der Versicherten zur Sozialversicherung ausgesprochen. Auch die Arbeiter der Privatindustrie sind dafür. Sie verlangten diesen Beitrag, um der bedauerlichen Lage eines Proletariats eine Ende zu machen, das unter so verschiedenen Lebensbedingungen in zwei Kategrorien gespalten ist, wobei die eine ohne Garantien (Industriearbeiter) und die andere ohne Freiheit (Staatsangestellte) ist. Verstehen wir uns richtig! Wir sind für den Beitrag der Versicherten und wir wollen, daß er von den Arbeitern bezahlt wird, als Gegenleistung für die Vorteile, die ihnen das Gesetz bringt. Das Gesetz sieht jedoch auch einen Beitrag für die Unternehmer vor, und wir wollen nicht, daß dieser Beitrag des Unternehmers ebenfalls vom Arbeiter getragen wird!"

Zum Thema Eisenpreisskandal

Starkes Fallen der Schrottpreise – die Eisenpreise folgen nicht

Der Reichsverband freier Schrotthändler wendet sich mit einem Schreiben an das Reichsbahn-Zentralamt, das einen wertvollen Beitrag zu dem Kapital Eisenpreisskandal darstellt. In der Eingabe heißt es u. a.:

„Die rheinisch-westfälischen Stahlwerke kaufen heute Stahlschrott frei Werk für 42 Mark bis 43 Mark pro Tonne. Die mitteldeutschen Werke zahlen dem Schrottabgeber noch weniger, z. B. zahlen die Mitteldeutschen Stahlwerke, Abt. Weberwerk, Brandenburg, für das Material bei einem Kernschrottpreis von 33 Mark ab Berlin 37,10 Mark (33 Mark plus 4,10 Mk. Fracht), das Stahl- und Walzwerk Henningsdorf bei einer Fracht von 2,20 Mark ab Berlin 35,30 Mark frei Werk und das Lauchhammerwerk in Riesa bei einer Durchschnittsfracht von 4 Mark ab Dresden ca. 37 Mark frei Werk. Durch Bezug und Verbrauch der minderen Sorten, wie Drehspäne, Blechschrott etc. ermäßigt sich der Durchschnittspreis frei Werk noch weiter. Der Stabeisenpreis beträgt immer noch 137 Mark pro Tonne. Bei dieser Notierung für Stabeisen macht der Schrottpreis 25,5 Prozent bis 30 Prozent des Stabeisenpreises aus gegenüber einer Vorkriegsrelation von 45 bis 50 Prozent. Bei den derzeitigen Schrottpreisen dürfte es unseres Erachtens durchaus möglich sein, eine weitere erhebliche Ermäßigung der Neueisenpreise eintreten zu lassen, woran die Reichsbahn als größter Eisenverbraucher und gleichzeitig auch als größter Schrottabgeber ein doppeltes Interesse hat. Ein entsprechendes Vorgehen der Reichsbahn würde für die gesamte Volkswirtschaft vorteilhaft sein, eine Belebung der Wirtschaft zu bringen, die Beförderung heben und die Arbeitslosigkeit vermindern."

(Wie wär's, wenn die Reichsbahn die Verwertung des Schrottes direkt mit den Eisenwerken vornehmen würde, um dadurch stärkeren Druck ausüben zu können, daß entsprechend dem Schrottpreis der Preis für Neueisen gestellt wird?!)

Osthilfe

nur für die Großagrarier, nicht für die Landproleten

Die **ostpreußischen Landarbeiter** sollen **weiter hungern**. Das ist der Sinn des dieser Tage gefällten **Schiedsspruchs** zur Neuregelung der Landarbeiterlöhne in Ostpreußen. Der Schiedsspruch lautet: „Der Rahmentarifvertrag und die Lohnabkommen für die in der Landwirtschaft tätigen Landarbeiter werden bis zum 31. März 1931 verlängert. Die **Forderungen auf Lohnerhöhung werden abgelehnt** ebenso die übrigen Forderungen zum Manteltarifvertrag".

Der Schlichter — anscheinend ein Neuling in der landwirtschaftlichen Lohnpolitik — fügte sich dem Willen der Arbeitgeber. Diese haben jede Lohnerhöhung abgelehnt. Der **Wunsch der ostpreußischen Agrarier war für den Schlichter Befehl.** Nur zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallenden Gruppen der Gutshandwerker und Gutsgärtner wurden im Schiedsspruch minimale Zulagen bewilligt.

Den Großgrundbesitzern Ostpreußens fließen viele Millionen zu; den Landarbeitern wird zugemutet, weiter zu hungern. Sie sollen sich auch in Zukunft mit einem Lohn zufrieden geben, der der **niedrigste der ganzen deutschen Landwirtschaft ist.** Und da sollen die Landarbeiter noch Vertrauen zu den Schlichtungsinstanzen haben! Die Verantwortung für die Folgen, die sich aus dem Schiedsspruch für die ostpreußische Landwirtschaft ergeben, tragen der Schlichter und seine Auftraggeber.

Eine Erkenntnis müssen die ostpreußischen Landarbeiter aus diesem Schiedsspruch schöpfen: **in der deutschen Republik gibt es keine soziale Gerechtigkeit, wenn die deutsche Arbeiterschaft sie nicht selbst schafft.** Bei der **Wahl** im September ist Gelegenheit, den Weg zu einer **sozialen Republik** von neuem zu bahnen.

Auswirkungen des neuen britischen Kohlengesetzes

Wiederaufnahme des Kampfes für den internationalen Siebenstundentag im Bergbau

Aus den Kreisen der Bergarbeiter-Internationale wird mitgeteilt:

Nachdem die Behandlung des britischen Kohlengesetzes verschiedene Regierungskrisen heraufbeschworen und die Arbeiterregierung sogar direkt in Gefahr gebracht hat, ist es nunmehr zur endgültigen Annahme gelangt.

Vom Standpunkt der nationalen Reorganisation der Industrie aus kann die Tragweite des Gesetzes gar nicht überschätzt werden. Man bedenke, daß die britischen Bergherren allzeit besonders individualistisch dachten und nun durch die Vorlage der Arbeiterregierung zum ersten Male in die manchesterlichen Traditionen des britischen Unternehmertums eine empfindliche Bresche geschlagen und versucht worden ist, eine Industrie als als Ganzes zu erfassen und durch eine enge Zusammenarbeit ihrer Einheiten die durch willkürliche und unrationelle Produktion und Verteilung entstandene Krisis zu bekämpfen. Die Annahme des Gesetzes hat zur Folge, daß die einzelnen Distrikte auf Grund eines rationell verankerten Quotensystems produzieren werden. Ganz von selbst werden diese Maßnahmen auch internationale Bedeutung haben.

Soll der Kohlenkrieg nicht aufs neue verschärft werden, so kann es von Wichtigkeit sein, daß nunmehr durch die Zusammenfassung der britischen Kohlenindustrie ein **Partner für jene Besprechungen mit den gut organisierten Kohlenindustrien des Kontinents gegeben ist, deren Zweckmäßigkeit schon während der Behandlung des Gesetzes vom britischen Handelsminister unterstrichen wurde.**

Damit kommen wir zu jener Frage, die natürlich für die Arbeitnehmerseite ausschlaggebend ist: **was bedeutet das Gesetz für die wichtigste Forderung der Arbeiterschaft, d. h. die Verkürzung der bei den jetzigen Produktions- und Absatzmöglichkeiten viel zu langen Arbeitszeit?**

Hier gilt es, an Internationales anzuknüpfen: an die einheitliche Forderung aller Bergarbeiter auf Rückführung der Arbeitszeit auf 7 Stunden. Daß es sich wirklich nur um eine Rückkehr zu einer früheren Norm handelt, gilt u. a. für zwei der größten Kohlenproduzenten: Deutschland und Großbritannien. In Deutschland wurde die 7-stündige Arbeitszeit im Bergbau Ende 1923 unter dem Versprechen beseitigt, daß die Ausdehnung der Arbeitszeit nur so lange Geltung haben soll, als die Vorkriegsförderung nicht erreicht ist. Diese Voraussetzung ist seit langem gegeben! In Großbritannien hat das genommene Gesetz direkt den Zweck, den im Jahre 1926 geschaffenen 7-Stundentag wieder herzustellen.

Der prinzipiellen Forderung auf Arbeitszeitverkürzung diente auch die zu Beginn dieses Jahres abgehaltene Konferenz, deren Sachverständige die Ansicht aussprachen, daß die Stimmung der Arbeitszeit der Bergarbeiter für eine **internationale Regelung** reif und diese Arbeitszeit kürzer sein müsse als jene der anderen Berufe. Die Behandlung des zu diesem Zwecke der diesjährigen internationalen Arbeiterkonferenz unterbreiteten Uebereinkommens lief bekanntlich auf eine große Enttäuschung hinaus. Trotzdem sich die Bergleute zum Kompromiß von 7½ Stunden bereit fand und die Arbeiter schließlich sogar die Möglichkeit von 7¾ Stunden zustanden, konnte die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht werden. Somit blieb der Konferenz nur eine Möglichkeit offen: es wurde beschlossen, das Uebereinkommen aufs neue der Konferenz des Jahres 1931 zu unterbreiten.

Inwieweit wird nun das britische Gesetz diese im Jahre 1931 vorgesehene neue Behandlung beeinflussen und befruchten können?

Nach der Annahme des britischen Gesetzes wird gegen Ende dieses Jahres der Arbeitstag der Bergleute um ½ Stunde auf 7½ Stunden verkürzt werden.

Inzwischen kann das britische Gesetz international eine gute Grundlage für die Wiederaufnahme des Kampfes im Hinblick auf die Verhandlungen der Internationalen Arbeitskonferenz des Jahres 1931 werden.

Preisringe der Bauherren

Wie wenig die Versprechungen der privaten Bauunternehmer über die Unterlassung von Ringbildungen bei Ausschreibungen (Submissionen) wert sind, zeigt eine Veröffentlichung der „Sozialen Bauwirtschaft", des Organs der freigewerkschaftlichen Bauhütten, unter der Spitzmarke „Preisschutzverbände im Baugewerbe". Am 21. Januar 1930 hat das Reichswehrministerium dem Verband sozialer Baubetriebe mitgeteilt, **der Rheinisch-Westfälische Baugewerbeverband habe dem** Finanzministerium gegenüber sich bereit erklärt, auf die Ringbildung zum Zwecke des „Preisschutzes" in Zukunft zu verzichten. **Unter dem 18. Juni 1930, also nachdem das Versprechen abgegeben war, macht der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Osnabrück seine Mitglieder durch ein Rundschreiben auf die Pflicht der rechtzeitigen und pünktlichen Anmeldung von Offerten auf Ausschreibungen aufmerksam, damit eine rechtzeitige Besprechung gewährleistet werden könne. Für Mitglieder, die sich dem Preisring nicht gutwillig anschließen wollen, werden „die satzungsgemäß vorgesehenen Schritte" angedroht.**

In der Oeffentlichkeit aber behaupten die privaten Bauunternehmer nach wie vor, Preisringe für Ausschreibungen seien ein Phantasieprodukte Außenstehender. Auch ein Kapitelchen zum Thema Preissenkung!

*

Einen ähnlichen Fall konnten wir feststellen bezüglich der Herstellung von Teerstraßendecken. In Dortmund ist ein Büro eingerichtet, das für Hochhalten der Preise zu sorgen hatte. Angeblich ist man aber von diesem Treiben wieder abgekommen — u. E. nur deshalb, weil es „Außenseiter" gab.

Unterhaltung und Wissen

Erzählung in einer lustigen Herrengesellschaft

Der letzte Lenztag

„Sif, das Weib, das den Mord beging“

In einer lustigen Herrengesellschaft erzählte der Jüngste mit frecher Stupsnase, dem man soviel Gefühl nie zugetraut hätte, die folgende empfindsame Geschichte:

„Ich schlenderte durch die engen mittelalterlichen Straßen meiner Heimatstadt und staunte interessiert in das Gewühl von Menschen, das sich auf Bürgersteigen und Fahrbahn breitmachte. Es war ein frühlingsheller Sonnabend, der im Verein mit dem Bewußtsein: einen Ruhetag zu haben, gute Laune schuf und dann absichtslos tun läßt, was einem an gewöhnlichen Werktagen nie in den Sinn kommen würde.

Frei und ungebunden, wie neugeboren fühlte ich mich und in dieser frohen Gelöstheit für alles empfänglich: so sind jene Stunden, die Eindrücke vermitteln und glücklich machen, wenn man hört und sieht und fühlt, was glücklich machen kann. Zum Fluch aber werden sie, stört ein Eindruck die Harmonie, denn er lebt mehr denn sonst fort, lebt in unserem Leben sein eigenes, wird zum Schatten unseres Seins.

So war dieser Lenztag mein Verhängnis . . .

*

Wahllos ließ ich Augen und Sinne Weg und Bahn. Ein junges Mädchen streifte meinen Arm und ich sah im Umwenden ein grünes Kleid, das einen weißen Nacken und schmale, lange Beine, die gute Zucht und Rasse verrieten, freiließ. Ueber die Straße scholl ein langgezogener, wimmernder Trompetenton. Er entstammte einer riesigen Reklamezigarette, die von sechs phantastisch bunt gekleideten Männern getragen wurde. Im Laden eines Hutmachers erregte ein sandfarbener Hückel-Velour, „das Neueste“, mit unwahrscheinlich aufgeschwungener Krempe meine Aufmerksamkeit und mein Begehren. Das Schaufenster einer Buchhandlung zeigte neue Werke. Gleichgültig und interessiert zugleich las ich die Titel und fand eine neue Goethe-Ausgabe geschmackvoll ausgestattet. Darüber freute ich mich wie über meine anderen Erlebnisse und hätte nun ruhig weitergehen können. Aber ich sah noch ein Umschlagbild, das rotes Haar auf schwarzem Grund mit den Umrissen eines phantastisch blassen Gesichtes zeigte, darüber stand in flammenendiger und gleichsam mit einem Schwamm zur Hälfte verwischten Fraktur: „Sif, das Weib, das den Mord beging.“

Da zerriß etwas in mir. Allmählich, in scheinbar wirkungsloser Dauer. Und doch: meine Gedanken gingen auf einmal in die Irre und nahmen nichts von der umgebenden Belebtheit auf wie bisher, vor meinen Augen aber tanzte plötzlich das Flammenbild des Buchumschlages und mein Gehör löste sich nicht mehr von dem Rhythmus: Sif, das Weib, das den Mord beging. Kein Abschütteln, keine Konzentration auf anderes half: das Bild, das Weib und der Mord fraßen sich in meine Gehirnzellen ein, kreisten in dem Blut meines Körpers, tauchten in die rätselhaft-tiefsten Bezirke des Seelischen und beherrschten maßlos Nerv und Sinne. Nächtelang war das Geschehnis Inhalt fürchterlicher Träume, tagelang der unbezwingbare Stoff meines Denkens. Ein Schleier tiefroten Blutes schien mich von allem gewöhnlichen Leben abzuschließen . . .: Sif war das wunderschönste Weib . . . und die Morgue barg einen unbekannten Toten . . . ihre Tat. Nichts anderes mehr bewegte mich.

*

Es dauerte Wochen, bis „Sif“ und ihre Mordtat in meinem Gedächtnis verebbten, ohne sich jedoch ganz zu verlieren. Zeitweise quälen mich noch bluterfüllte Träume und an stillen Sommertagen, die geworden waren, geisterte in brütender Mittagshitze einer Fata Morgana gleich das Flammenbild vor meinen Augen, obwohl ich nie das Buch mehr sah, den Titel hörte.

Erfüllend wurde Herbst. In grandioser, satter Farbigkeit drängten sich die Wälder an die Straße, als ich an einem hellen Oktobertag im Führersitz eines Sportwagens durch die Kornkammer Bayerns fuhr, dem Süden, München, zu. Die Konturen der Frauenkirche, schon deutlich sichtbar, schnitten gleichsam ein Stück aus dem wolkenlosen, glasigblauen Himmel, Vorstadthäuser drängten aus fernem Hintergrund, bis ein häßlich roter Pfeil die Fahrt an der Grenze der Stadt unterbrach. Ich wendete mich gleichgültig und da geschah es, daß mein Herzschlag stockte und kalkige Blässe mein Gesicht fühlbar überzog: riesenhafte Lettern an der Talmi-Marmorsäule eines Kinoportales kündeten: „Sif, das Weib, das den Mord beging.“ Vor meinen Augen stand in irrlichternden Umrissen das Bild des flammenhaarigen Mädchens und eine Minutenspanne peitschte, raste, tobte „Sif . . .“ durch mein Gehirn. Geistesabwesend lehnte ich mich in den Wagensitz zurück. Es halfen später nicht die bunten Eindrücke des Oktoberfestes, noch der tolle Wirbel waghalsigsten sportlichen Erlebens. „Sif“ tanzte im Wachen und Träumen vor meinen Augen und schlug mit meinem Herzschlag ein eigenes Leben in mir.

*

Müde und zerschlagen fuhr ich nach Tagen heim, sah in der brennenden Farbigkeit der Herbstwälder am Weg vergilbtes Blut und hörte aus dem Sausen des Windes nichts als das Bekenntnis, daß Sif, das Weib, einen Mord beging. Es erschien mir schließlich selbstverständlich, daß der erste Eindruck bei der Heimkehr wieder das Filmplakat mit „Sif“ war; ich konnte mich nicht mehr wehren und nicht mehr darüber wundern, daß der Film in den Tagen meiner Reise ausgerechnet in meine Heimatstadt kam . . . ich konnte nicht mehr. Am Abend des selben Tages überfiel mich ein heftiges Fieber . . .

Vieles erlebt man begeistert oder erschüttert, um es in unwahrscheinlich kurzer Frist wieder zu vergessen; Schwüre ewiger Liebe tauchen, als wären sie nie getan, in das fragwürdige Dunkel ihres Entstehens zurück. Nie aber werde ich vergessen, das Sif, das Weib, einen Mord beging, von dem ich heute noch nicht weiß und sicher niemals wissen werde, warum er in jenem Romanleben geschah.“

Josef Rothammer.

Höchst internationale Feriengeschichte

Schöne weite Welt

Von John K. Newnham (London)

Mr. Sam Smith war, obwohl sein Vorname nicht darauf hindeutete, ein Engländer. Ja noch mehr, er war ein richtiger, waschechter, gebürtiger Londoner.

Aber zur Zeit weilte Mr. Sam Smith fern von seiner Vaterstadt. Er saß auf einer Kaffeehausterrasse im geräuschvollen Ostende und verleibte sich mit sichtbarem Behagen ein riesiges Glas Pilsnerbier ein.

Ihm gegenüber hatte ein breitknochiger Mann mit großen Hornbrillen, eine mächtige Zigarre zwischen kräftig entwickelten Zahnreihen haltend, Platz genommen. Es bedurfte keines Sherlock Holmes und auch keiner Frau, um zu erraten, daß er Amerikaner war.

Und als er sich zu der Eröffnung entschlossen, daß sein Name Silas P. Schligs laute, begriff sogar Mr. Sam Smith, daß sein Gegenüber aus den Vereinigten Staaten stammte.

„Wir sind wohl hier beide in der Fremde, he?“, begann Mr. Silas P. Schligs die Unterhaltung.

Sam nickte.

„Ja, meinen Urlaub verbringe ich immer außerhalb Englands“, sagte er. „50 Wochen im Jahr komm' ich nicht aus London heraus. Während der verbleibenden zwei Wochen halte ich mich immer auf dem Kontinent auf.“

„Klug gedacht“, stimmte Silas P. zu. „Nichts bildet so den Geist wie Reisen. Wohl viel herumgekommen, he?“

Sams Augen leuchteten.

„So ziemlich! Ich denke, daß ich mindestens ebensoviel weiß, wie in den Reisehandbüchern steht.“ Er zog eines aus der Tasche. „Und Sie? Kennen Sie den Kontinent?“

„Recht gut“, sagte der Amerikaner. „Besonders in Paris bin ich sehr gern.“

„Ah! Also auch Sie? Ich war vielleicht schon ein dutzendmal in Paris. Kennen Sie die Place d'Opera?“

„Und ob.“

„Wunderschöner Platz. Und den Arc de Triumphe! Ist er nicht herrlich? Und sicherlich haben Sie auch Notre Dame, die Bastille, den Eiffelturm und das Grabmal Napoleons gesehen?“

„Freilich“, sagte Silas, „und auch den Louvre. Waren natürlich auch dort, he?“

„Versteht sich“, antwortete Sam. „Stunden und Stunden habe ich dort verbracht. Es gibt keinen zweiten Louvre auf der Welt. Nur einzutreten braucht man und weiß, was Kunst ist. Jeder fühlt sich dort als Künstler.“

„Schon in Wien gewesen, he?“ fragte er.

Sam trank sein Bier aus und bestellte ein zweites Glas.

„Wien!“, rief er aus und sah wie ein Fremdenführer drein, „das will ich meinen! Das fröhliche schöne Wien mit seinem Grinzing und den Wäschermaids . . . Auch der Krieg hat dieser Stadt nichts von ihrem Liebreiz und ihrer Romantik genommen. Wie oft stand ich am Strande der Donau . . .“

„Ja, sehr nette Stadt“, unterbrach ihn Silas P. Schligs, „auch im Prater gewesen?“

„Sicher“, antwortete Silas P. kurz, „aber persönlich ziehe ich Berlin vor. Viel großzügiger.“

„Ah! Der Reichstag, das Planetarium, der Zoo, Kurfürstendamm, Lunapark . . .“, überstürzte sich Sam und schloß in der Erinnerung die Augen. „Auch eine schöne Stadt. Waren Sie schon in Potsdam?“

„Einmal. Sehr hübsch.“

„Wunderschön“, sagte Sam.

„Aber in New York waren Sie wohl noch nie?“ fragte nun Silas.

Sam schüttelte sein Haupt.

„Nein. Nicht meine Sache, so 14 Tage über den Ozean zu fahren.“

„Sonderbar, daß Sie noch nie meine Vaterstadt gesehen haben“, bemerkte Silas, „aber schließlich war ich auch noch nie in London.

Sam Smith sah ratlos drein.

„Weiß nicht“, gestand er, „nie dort gewesen.“

„So . . . Und wie ist der Tower?“

„Keine Ahnung.“

„Und was ist mit dem British Museum, der Erinnerungssäule, der Tata Gallery? Dort waren Sie sicher, he?“

„Irrtum! Nie gesehen“, sagte Sam, „ich habe das ganze Jahr bis zum Hals genug von London, brauch' nicht noch in Museen zu gehen . . . Also, um auf Prag zu sprechen zu kommen . . .“

(Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Leo Korten.)

Herr Briand und der Heiratsmarkt

Aristide Briand, Frankreichs Außenminister, ist trotz seiner hohen Einkünfte und trotz seiner Berühmtheit noch immer unverheiratet. Das hätte nun keinen Menschen mehr gestört, wenn nicht die amerikanische Sensationspresse sich eine hübsche Geschichte darüber zurechtgemacht hätte. Sie erzählte nämlich kürzlich ihren sensationshungrigen Lesern, daß Herrn Briand wegen seiner Ehelosigkeit innerhalb seiner Partei für die Aufstellung zu den nächsten Wahlen Schwierigkeiten gemacht werden. Um diese zu überwinden, habe er sich entschlossen, endlich zu heiraten. Und mit besonderem Augenzwinkern wurde als pikante Note hinzugefügt, daß die Auserwählte eine bekannte französische Schauspielerin sei. In Frankreich hätte kein Mensch dieses echt amerikanische Märchen geglaubt. Weil aber Pariser Blätter die Sache schmunzelnd registrierten, mußte Herr Briand dementieren. Was er mit seinem bekannten Humor prompt tat, indem er versicherte, er denke nicht mehr ans Heiraten, er selbst wolle keine alte Frau und eine junge wolle ihn nicht. Woraus man sieht, daß die Politik in diesem Falle einen Mann in der heikelsten Frage vor gefährlicher Selbsttäuschung zu bewahren vermochte.



Nachdruck verboten.

(14. Fortsetzung.)

Das Haus, in dem Fräulein Schmitz unten Zimmer und Küche hatte, war alt und verwohnt, aber es lag so sehr still; es war das letzte der Gasse, kein ratterndes Fuhrwerk kam hier vorbei, es war recht abgelegen. Wenige Schritte nur, und man war an der Mosel; die floß auch ruhig und sacht, und die Kinder, die hier am Ufer spielten, konnten nicht in die Gefahr kommen, von einem Ochsengespann, einem Auto oder einem Motorrad überfahren zu werden. Und doch fuhr Nettchen Schmitz erschrocken auf, wenn zuweilen ein besonders laut gellender Schrei ertönte; dann streckte sie sogar hastig den Kopf zum Fenster heraus und nahm mit einem erleichterten Aufseufzen ihre Arbeit erst wieder auf, wenn sie gesehen hatte, daß es nur Lustgeschrei war und keinem der Kinder etwas passiert war.

„Sie hätten Kinder haben müssen,“ sagte die Frau von oben. Die schob, wenn sie weggehen mußte, ihre Kinder einfach dem Fräulein in die Stube. „Sie verstehen sich arg gut auf Kinder!“

Die Kleinen von oben spielten Nachlaufen und Verstecken zwischen den bunten Stoffen, die auf Tisch, Bett und Sofa lagen, sie rissen auch wohl einmal einen leichten Musselin auf den Boden; sie krochen herum nach Lappen und Läppchen, sie brachten alles in Unordnung, aber Fräulein Nettchen behielt immer das gleich geduldige, zärtliche Lächeln. Wenn die kleine Katharina sie gar zu arg quälte, sagte sie sanft und hauchte dabei einen Kuß auf die Kinderstirn: „Sei brav, Kathrinchen. Dann näh ich auch deiner Puppen schön Kleid!“ Und wenn das Kathrinchen dann längst schlief, ihre Mutter auch, alle Menschen im Haus schliefen dann saß das Nettchen noch bis lange nach Mitternacht auf und staffierte das zerlumpte Wechselbalg der kleinen Katharina neu aus. Reine Nachtluft und Wasserduft kamen durchs Fenster, sie hatte das offenstehen, es kam schon keiner herein.

Nettchen Schmitz lebte allein; sie hatte keine Eltern mehr, und im Ort auch niemand Verwandtes. Sie hatte nicht einmal eine Freundin, denn sie war aus den Jahren heraus, in denen man schnell Freundschaften schließt — und was sollte sie auch wohl mit den jungen Mädchen? Die ließen sich bunte Kleider machen, die sprachen nur von Vergnügen und von ihren Schätzen. Die Schneiderin war nicht liebenswürdig, sie war wortkarg und erschien oft unfreundlich, und doch hatte sie eine Sehnsucht, sich mitzuteilen; eine Sehnsucht wie eine Flamme, die heimlich brennt und darum um so schwerer zu löschen ist. Einsam, ach, immer so einsam! Wenn sie doch nur eine Seele hätte, die zu ihr gehörte, zu der sie sprechen könnte: „Du bist mein.“ —

Heute war es Sonntag. Ein Frühlingssonntag mit goldenem Licht und schmeichelnder Luft, der alle herauslockte. Nettchen hatte nach den Kindern oben gerufen, aber die waren leider nicht da. Niemand war da, die Gasse wie ausgestorben. Mit einem Seufzer sah sie sich im Zimmerchen um: Lappen und Läppchen aufgefegt, über die bunten Stoffe ein Tuch gebreitet, alles so leer. Ihre Stube gähnte sie an. Ach, der einsame Sonntag war schwerer noch zu ertragen als der einsame Alltag. An dem hatte man wenigstens Arbeit, aber jetzt, was hatte man jetzt —?! Zweimal schon war sie heute in der Kirche gewesen, zur Frühmesse, zum Hochamt — sollte sie nun noch zum drittenmal hingehen? Ach nein! Es fröstelte sie plötzlich, sie spürte den kühlen Hauch der steinernen Wölbung. Draußen war Sonne, draußen war Leben. Sie stülpte den Hut auf und ging aus der Stube.

Vielen begegnete sie, Frauen und Männern und Kindern, Mädchen, ledigen Burschen, hellen Kleidern, Lachen und Fröhlichkeit; aber alle streiften Nettchen nur — ein Wehen, ein flüchtiger Augenblick, und sie waren vorbei. Sie empfand es jetzt doppelt, daß sie allein war. Es tut nicht gut, wenn man am Sonntag spazieren geht und hat nichts, gar nichts bei sich. Nettchen tat die Helle des Tages weh, sie empfand dies fast grausam an ihren überangestrengten Augen. Ihre schweren, etwas entzündeten Lider brannten trocken. Sie ging zur Mosel hinunter, da wehte es kühl, und hier blieb sie eine Weile stehen. Sie sah zu, wie die große Fähre nach der anderen Seite des Wassers hinüberschwebte, auf ihren Planken Männer, Frauen und Kinder trug, sogar ein Auto. Es war nicht viel Strömung jetzt, die Mosel fast seicht, langsam ging es, sehr langsam, es schläferte ein. Planlos ging sie dann wieder zurück: was sollte sie hier noch länger? Da sah sie ein Kleid aus rosa Musselin wehen, ein Kleid, das sie genau kannte, hatte sie doch erst vor wenigen Tagen den letzten Stich daran genäht.

Herrn Doufemonts Maria hatte Nettchen von allen Mädchen am besten gefallen, nun war sie erfreut, die heute zu treffen.

Maria Bremm stand am Ufer und ließ flache Steine hinflitzen übers Wasser. Sie machte das sehr geschickt, die Steine hüpften erst viele Male über den Wasserspiegel, ehe sie versanken. „Können Sie dat auch?“ fragte sie lachend, als sie die Näherin erkannte. „So haben wir et als Kinder immer gemacht — zu Haus —, ach ja, da war't doch auch schön!“ Eine plötzliche Sehnsucht schien in ihr aufgeweckt. War die erwacht durch das Spiel mit den Steinen, durch den Duft des Flusses, des gleichen Flusses, der an ihrem Elternhause vorbeiglitt, oder kam es daher, weil sie hier stand und wartete? Da oben lag der Moseltalbahnhof, bald kam der Zug — ob er den Kaspar mitbrachte? Maria fing an zu erzählen vom Dorf, von Vater und Mutter und von den Geschwistern.

„Wieviel Kinder sind Sie?“

„Wir waren unserer neun, jetzt sind wir noch sieben.“

Sieben Geschwister — sieben Kinder noch — glückliche Eltern! Das bleiche Gesicht der Einsamen färbte sich: oh, das mußte schön sein! Und sie bat: „Erzählen Sie doch noch was von zu Haus!“

Aber Maria wurde jetzt unruhig. Sie wandte sich mehrmals um nach dem Bahnhof, spähte und schien ganz aufgeregt.

Nettchen war feinfühlig, sie spürte, die andere hatte jetzt anderes im Sinn als die Unterhaltung mit ihr. „Warten Sie auf jemand?“

„Da, ach — ja, ich glaube, et kömmt einer von uns zu Haus. Er hat mich als lang nit besucht. Da — ah, da kömmt jetzt der Zug, auf Wiedersehn!“ Sie gab hastig die Hand und rannte davon.

Nettchen sah ihr enttäuscht nach, sie hatte gehofft, länger mit dem Mädchen zusammen zusein. Nun sah sie, daß ein junger Mann eilig vom Bahnhof herunterkam und daß das Mädchen ihm entgegenlief, winkend und lachend. Wie, hatte die auch schon einen Schatz, vielleicht sogar einen Bräutigam schon?! Nettchen sah zu, wie sich die beiden begrüßten. Sie küßten sich aber nicht, sie schüttelten sich nur die Hände. Jetzt kamen sie auch hier zum Wasser herunter, sie suchten gewiß diesen einsameren Weg — oh, da wollte sie lieber nicht stören! Und schon drehte Nettchen rasch um. Als sie sich aber nach einer Weile verstohlen umschaute, sah sie, daß das Paar nicht viel weiter gegangen war, es stand ungefähr noch am selben Fleck; das rosa Kleid ganz nah dem dunklen Rock. Und nun lehnte auf einmal das Mädchen seine Stirn an die Schulter des dunklen Rockes, und der Mann beugte seinen Kopf herunter. Wollte er sie jetzt küssen? Ei, waren die so verliebt, daß sie nicht einmal acht gaben, wenn andere zusahen?!

(Fortsetzung folgt.)

Die Reichsbahn berichtet

Der Reichsbahnverkehr im Monat Juli 1930 im Direktionsbezirk Essen

Der Personenverkehr war im Juli, dem Hauptreisemonat, im Durchschnitt etwas stärker als im Juni. Während der Ausflugsverkehr unter der ungünstigen Witterung litt, stieg der Reiseverkehr in den Fernzügen allmählich an und erreichte seinen Höhepunkt mit Beginn der Sommerschulferien am 30. und 31. Juli. Die Beförderung von Kindern zum Landaufenthalt und in Ferienheime in kleinen und größeren Gruppen und in Sonderzügen setzte ebenfalls stärker ein. Am 14., 30. und 31. Juli fuhren 20 durchweg gutbesetzte Feriensonderzüge. Am besten waren die Feriensonderzüge nach Ostpreußen, zur Ostsee und nach Mitteldeutschland besetzt, während die Züge zur Nordsee und nach Süddeutschland weniger gefragt waren. Besonders zu erwähnen ist der Reiseverkehr Holland—Rhein—Süddeutschland, für den neben zahlreichen Zugverstärkungen auch ein gut besetzter Sonderzug 1. und 2. Klasse von Amsterdam nach Düsseldorf verkehrte.

Im ganzen waren 402 Sonderzüge gegen 316 im Monat Juni 1930 (ohne Pfingstverkehr) gefahren.

Der Monat Juli brachte entsprechend der rückläufigen Entwicklung der Wirtschaftslage für alle Verkehrszweige einen Rückgang.

Diese Erscheinung machte sich erstmalig auch beim Expreßgutverkehr bemerkbar, der in diesem Jahre nicht einmal aus Anlaß der Saison-Ausverkäufe eine Zunahme aufzuweisen hatte.

Beim Eilstückgutverkehr zeigte sich eine gegen den Vormonat auffällige Abnahme der Obstzufuhr. Butter- und Fischsendungen gingen reichlich ein. Alles in allem wurde die Verkehrsstärke des Vormonats nicht erreicht. Die rückläufige Entwicklung des Frachtstückgutverkehrs hielt an. Besonders zu erwähnen ist ein erheblicher Rückgang in der Beförderung neuer Möbel.

Der Wagenladungsverkehr hat gegen den Vormonat nicht zugenommen. Er stand auch im Juli im Zeichen einer verminderten Rohstoffzuführung zu den großen Werken und einer gegen die Vorjahre ganz erheblich abgeschwächten Beförderung von Baustoffen. Der Bierversand ist beträchtlich zurückgegangen. Eine etwas lebhaftere Zufuhr von Frühkartoffeln konnte sich auch nicht annähernd ausgleichend auswirken.

Die Anzahl der im Monat Juli nach Bezirk Essen abgefertigten Wagen betrug 348 163 (321 591).

Für den Versand von Kohlen, Koks und Briketts wurden insgesamt einschließlich der Sonn- und Feiertage 554 791 (539 287) Wagen zu 10 Tonnen gestellt oder arbeitstäglich bei 27 Arbeitstagen 20 059 (22 079). Der Vormonat hatte 23 Arbeitstage.

Die Absatzschwierigkeiten der Zechen in einzelnen Brennstoffsorten waren im Laufe des Monats Juli schwankend, immerhin belief sich die Zahl der in den Zechenbahnhöfen abgestellten beladenen Wagen, die zum Monatsanfang 9000 betrug, am Monatsschluß noch auf 7800.

Für andere Güter als Brennstoffe sind im Monat Juli 111 515 (103 507) Kohlenwagen zu je 10 Tonnen gestellt worden oder arbeitstäglich 4129 gegen 4362 des Vormonats.

Die Stellung von bedeckten Wagen und Wagen besonderer Bauart betrug im arbeitstäglichen Durchschnitt 3636 (4176).

Der auffallend stärkere Rückgang ist auf Nachlassen des Versandes der künstlichen Düngemittel (Ammoniak und Thomasmehl) sowie der Erzeugung der Hüttenwerke zurückzuführen.

Die Brennstoffanfuhr in den Duisburg-Ruhrorter Häfen betrug 1 038 958 (980 932) oder arbeitstäglichen Durchschnitt 38 480 (42 649) Tonnen.

Durch die Frühreife der Beeren und Kirschen war im Juni der Obstversand in außergewöhnlichem Maße emporgeschwellt; in der ersten Dekade des Juli hielt dieser Versand noch die Höhe des Vormonats; seitdem ist ein ständiges Fallen im Obst- und Gemüseversand zu beobachten gewesen, dazu kommt noch, daß die Frühkartoffelernte in den deutschen Produktionsgebieten früher eingesetzt hat. Auch im übrigen Eilgutverkehr war ein starker Rückgang festzustellen.

Im Koksverkehr nach Luxemburg, Lothringen und Frankreich ist ein weiterer Rückgang zu bedauern. Die Transporte nach Hagendingen, rund 10 000 Tonnen, sind aus der Ruhr ganz in Wegfall gekommen; ferner blieben wegen Nichterneuerung der Koksverkaufsverträge die Transporte nach Havingen, Nilvange um rund 7000 Tonnen den Vormonat zurück.

Auch im Erzverkehr von Lothringen-Luxemburg wurde die Höhe des Vormonats nicht ganz erreicht.

Der Kohlenverkehr nach Italien bleibt anhaltend lebhaft und hat insgesamt rund 85 000 Tonnen erreicht.

Der Koksverkehr nach den Alpine-Montanwerken in Steiermark ist um rund 4000 Tonnen wegen Betriebseinschränkung in Eisenerz zurückgegangen.

Für die Bewältigung des Gesamtverkehrs wurden im Direktionsbezirk Essen im Monat Juli 2 258 706 (2 138 998) Zugkilometer und 101 142 156 (96 858 952) Achskilometer gefahren.

Nennenswerte Unfälle sind nicht vorgekommen. Im Berichtsmonat wurden 19 Steinwürfe gegen fahrende Züge und fünf böswillige Beschädigungen an Signalanlagen festgestellt.

12 Täter wurden ermittelt.

Filmschau

Apollo-Theater.

Ab Freitag läuft in Gelsenkirchen der viel und gut besprochene Sprech- und Tonfilm „Hai-Tang", in dem die schöne Chinesin Anna May-Wong die Hauptrolle spielt. Die Regie führt Richard Eichberg. Es wird für jeden Filmbesucher eine interessante und packende Angelegenheit werden.

GELSENKIRCHEN-BUER

SPD., Gelsenkirchen.

Ortsgruppe Ueckendorf.

Es sind noch einige Wahlbezirke nicht mit Flugblättern belegt. Die Agitationsleiter der betreffenden Bezirke werden dringend ersucht, dieselben sofort bei Serres abzuholen und zu verteilen.

Ortsgruppe Bulmke.

Donnerstag, den 14. dieses Monats: Mitgliederversammlung im Lokale Dehring, Hohenzollernstr. Tagesordnung: Bericht über die Delegiertenkonferenz in Herten, Organisatorisches. Agitationsleiter und die übrigen Funktionäre sind ganz besonders dringend eingeladen.

SPD., Frauengruppe, Horst 1 und 2.

Donnerstag, den 14. dieses Monats, 16 Uhr, im Lokal Beckmann, Markenstraße: Frauenversammlung. Referentin: Genossin Pfeifenbring (Recklinghausen). Die Genossinnen werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

SPD., Ortsgruppe Erle (Frauengruppe).

Donnerstag, den 14. August, nachmittags 4 Uhr, im Lokale Grünewald: Frauenversammlung. Referentin: Genossin Zingler. Kaffeetassen mitbringen.

SPD., Ortsgruppe Hassel.

Am Mittwoch, dem 13. d. M., findet um 16 Uhr im Zechengasthaus eine Mitgliederversammlung statt. — Redner ist der Landtagsabgeordnete Jakobs. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

JUGEND-VERANSTALTUNGEN

SAJ., Gelsenkirchen.

Wir wollen, nachdem wir uns nun sechs Wochen lang ausschließlich mit geistigen und organisatorischen Dingen beschäftigt haben, wieder einmal einen Spiel- und Tanzabend vom Stapel lassen. Seid darum am Donnerstag alle recht pünktlich um 20 Uhr zur Stelle. Ihr müßt, sofern euch das bei der schlechten Zeit noch möglich ist, alle eine recht frohe Laune mitbringen.

Aus der Arbeitersängerbewegung

Volkschor Gelsenkirchen.

Morgen, Donnerstag, machen wir unseren Ausflug nach der Hüller Mühle. Wir treffen uns pünktlich um 14 Uhr am Stern.

ORTSAUSSCHUSS FÜR ARBEITERWOHLFAHRT GELSENKIRCHEN-BUER

Bezirk Buer.

Am Mittwoch, dem 13. August, findet im Volkshaus in Buer um 18 Uhr eine Besprechung mit den Obleuten statt. Die Obleute werden gebeten, diejenigen Pfleger und Pflegerinnen, die am Montag mit den Kindern nach Haltern zum Stausee gehen, zu dieser Sitzung einzuladen. Auch muß für die endgültige Zahl der Kinder, die mitgehen, abgerechnet werden. Um pünktliches Erscheinen ersucht der Vorstand.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Spielmannszug und Martinsabteilung. Heute abend 7.30 Uhr in der Lessingschule: Probe. Trommler werden noch eingestellt.

Martinsabteilung Gelsenkirchen.

Mittwoch abend, 20 Uhr, Probe in der Lessingschule. Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. Notenständer mitbringen.

Schutzsport Horst-Emscher.

Sonntag, den 17. August, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokale Kröschel, Nordsternstraße, findet eine wichtige Versammlung der gesamten Schutzsportabteilung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung müssen sämtliche Sportler erscheinen.

Gewerkschaftliches

Achtung! Bezirksversammlung des DMV., Feldmark.

Am Freitag, dem 15. August, abends 7.30 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine wichtige Versammlung für den Bezirk Feldmark statt. Alle Kollegen aus dem genannten Bezirk müssen unbedingt erscheinen. Die Verbandsleitung.

Bücher und Zeitschriften

Die neue Lohnsteuer.

Das Reichskabinett Brüning hat bekanntlich durch Notverordnung die Ledigensteuer, sowie die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in Kraft gesetzt. Wir machen unsere Leser deshalb darauf aufmerksam, ihre Lohnsteuer-Abzüge vom Arbeitslohn ab 1. September auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Dazu bedient man sich am besten einer Lohnsteuertabelle, von der sämtliche Arten der Lohnsteuer abgelesen werden können. Diese Tabellen sind zum Preise von 20 Pf., wie bisher, durch die Gewerkschaftsbüros und Betriebsräte, sowie direkt vom Verlag G. Alt, München, Raspstraße 4a, zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion

Ein Arbeiter. Uns ging ein Brief zu, dem das erste der Wahlflugblätter der SPD. beigefügt war. Der Schreiber, der es vorzog, seinen Namen zu verschweigen, bezeichnet darin Flugblattverteiler als feige, die ihm das Flugblatt nicht in seine Wohnung gebracht haben. Er ist der Ansicht, daß diese Flugblattverbreiter wohl eine Auseinandersetzung mit den Hausbewohnern fürchteten. Dem guten Manne, der noch nicht einmal den Mut hat, in seinem Briefe, der mit einer Flegelei endigt, seinen Namen zu nennen, können wir nur sagen, daß die Sache der SPD. so gut steht, daß weder unsere Flugblattverbreiter, noch andere Werber für die SPD. Auseinandersetzungen zu fürchten brauchen; denn sie verteidigen ja eine gute Sache. Feige ist in diesem Zusammenhange einzig und allein der Briefschreiber, der seinen Namen nicht nannte, sondern sein übles Geschmier lediglich mit „Ein Arbeiter" unterzeichnete.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille", Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

Milchgefäße müssen immer sauber sein!

Wenn Sie IMI im Haus haben, haben Sie damit keine Last. In heißem Wasser gelöst, entfernt IMI jede Verunreinigung, tötet Krankheitskeime und säubert Kannen und Flaschen so gründlich, wie es bisher nicht möglich war. Die Milch bewahrt ihren natürlichen Wohlgeschmack und hält sich besser in IMI gespülten Gefäßen. Sie sollten aus gesundheitlichen Gründen überhaupt jedem Spülwasser IMI zugeben. IMI löst Schmutz und Fett viel besser und schneller und sorgt vor allem für absolut keimfreies, appetitliches Geschirr. Nehmen Sie immer



1 ESSLÖFFEL IMI AUF 10 LITER = 1 EIMER HEISSES WASSER



IMI

Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel

für Haus- und Küchengerät aller Art

Hergestellt in den Persilwerken

J 35/30 b

Aufstand im Posener Gerichtsgefängnis

Unzulängliche Nahrung

Posen, 12. Aug. (Drahtmeldung.) Im Posener Gerichtsgefängnis, das gegenwärtig besonders stark mit Gefangenen belegt ist, brach gestern in den späten Nachmittagsstunden eine Gefangenenrevolte aus. Die Gefangenen behaupten, daß das Essen unzureichend sei und daß sie nicht gargekochte Kartoffeln erhalten hätten. Der Block 1, der etwa 600 Gefangene beherbergt, war der Ausgangspunkt der Revolte. Die Häftlinge schrien und zerdrückten die Fensterscheiben, rissen die Fensterrahmen heraus und zerstörten die Zelleneinrichtungen. Die Schreie der Gefangenen waren weit zu hören und in Posen machte sich eine lebhafte Unruhe bemerkbar, da Gerüchte umgingen, daß eine Anzahl Schwerverbrecher ausgebrochen sei. Die Polizei umstellte das Gefängnis und sperrte die Zugangsstraßen ab, da der Verdacht bestand, daß die Kommunisten durch eine Demonstrationsbewegung auf die Polizei einen Angriff unternehmen würden, um die Gefangenen zu befreien. Die Gefangenen beruhigten sich nicht, auch als man schon einige hundert Gefangene in anderen Räumen untergebracht hatte. Am Abend eilte die Feuerwehr zur Hilfe herbei und setzte die Gefangenen in ihren Zellen unter Wasser. Erst spät um Mitternacht gelang es, den Aufstand zu unterdrücken.

Der Juwelendiebstahl in der Villa Siemens

Berlin, 12. Aug. (Eig. Meldung.) Der gestrige Einbruch in die Villa des Generaldirektors Karl Friedrich von Siemens ist der neueste Streich des berüchtigten „Leitungsrevisors" Fritz Bachnick. Bachnick und seine Taten haben schon öfters die Behörden beschäftigt und Aufsehen erregt. Er wartet ab, bis die Wohnungsinhaber fortgegangen oder verreist sind. Seine Angabe, er müsse die Licht- oder Telephonleitungen prüfen, findet stets Glauben. Die Angestellten führen ihn von Zimmer zu Zimmer, und er versteht es, sie auf kurze Zeit zu entfernen. Kaum ist er allein, so nimmt er sein vorzügliches Einbruchswerkzeug zur Hand, öffnet schnell und geschickt die Behältnisse, und hat Schmuck und Wertsachen schon in den Taschen, wenn die Angestellten zurückkommen. Bachnick betreibt seinen Schwindel seit 1913. Seine Beute, die er gestern gemacht hat, dürfte in die Hunderttausende gehen. Er stahl eine goldene Handtasche mit goldenem Portemonnaie, eine lange echte Perlenkette mit Platinschloß und einem Anhänger in Größe eines Dreimarkstückes, der mit Brillanten und Perlen besetzt ist, ein Platinarmband mit Perlen und Brillanten, zwei Kämme mit Diamanten und ein goldenes Zigarettenetui. Außerdem nahm er einen Schmuckkasten, der auch noch Brillanten enthielt, von denen bisher noch die genauere Beschreibung fehlt. Nach den früheren Erfahrungen verschwindet Bachnick, wenn ihm ein Schlag gelungen ist, aus Berlin. Wo er sich in der Provinz versteckt und wo er seine Beute läßt, weiß man noch nicht. In der Provinz spielt Bachnick den Oberingenieur und bezieht elegante Quartiere.

Aufsehenerregende Verhaftungen in Ingolstadt

Ingolstadt, 12. Aug. (Drahtmeldung.) Der Verhaftung des Kriminalkommissars Paul Weber von der Ingolstädter Kriminalpolizei, die vor mehreren Tagen erfolgte, ist nunmehr eine weitere aufsehenerregende Festnahme gefolgt. Auf Veranlassung des Staatsanwaltes in Eichstädt wurde am Sonntag der Polizeireferent von Ingolstadt, Hierl, von auswärtigen Beamten verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis Eichstädt eingeliefert. Gerüchtweise verlautet, daß Hierl sich Verfehlungen im Amte habe zuschulden kommen lassen. Die Verhaftung soll mit der Festnahme des Kriminalkommissars Weber im Zusammenhang stehen. Es wird angenommen, daß in den nächsten Tagen ein Staatskommissar in Ingolstadt eingesetzt werden wird. Das Plenum des Stadtrates wird sich heute mit der Angelegenheit befassen. Bei der städtischen Verkehrsgesellschaft waren vor einigen Monaten erhebliche Unterschlagungen festgestellt und daraufhin ein Angestellter der Gesellschaft verhaftet und in Untersuchungshaft genommen worden. Diesem Häftling sollen Weber und Hierl ziemlich große Bewegungsfreiheit gestattet haben.

Explosion in Neuyork

Ein Toter, 13 Verletzte

Neuyork, 12. Aug. (Drahtmeldung.) Bei Experimenten zur Herstellung eines neuen Vanilleextraktes ereignete sich eine Explosion in dem dicht bevölkerten Teil der unteren Stadt, wobei die obersten Stockwerke des Hauses auf das Nebengebäude stürzten. Vorläufig konnten ein Toter und 13 Verwundete festgestellt werden, man befürchtet jedoch, daß noch mehrere Personen unter den Trümmern begraben liegen.

Zwei Tote bei einem Zusammenstoß

Stadtroda, 12. Aug. (Drahtmeldung.) In einer gefährlichen Kurve vor dem Ort fuhr am Montag gegen 19 Uhr ein Motorradfahrer mit einem Begleiter gegen ein Auto. Der Anprall war so stark, daß der 29jährige Diplomingenieur August Glaser aus Elberfeld auf der Stelle starb, während sein Begleiter, der 26jährige Werner Gas aus Cronberg, wenige Stunden nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verschied. Der Führer des Kraftwagens erlitt Schnittwunden im Gesicht. An der gleichen Stelle hatte sich schon am frühen Morgen ein Verkehrsunfall ereignet, der aber glimpflich abgelaufen war.

Zwei Haftbefehle

Berlin, 12. Aug. (Drahtmeldung.) Neuhaus-Thielecke, der seine Mutter erstochen hat, wurde heute laut „Vossischer Zeitung" dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium vorgeführt. Es wurde gegen ihn ein Haftbefehl wegen Verdacht des Totschlages erlassen.

Auch gegen den Studenten Eugen Gantner, der, wie berichtet, unter dem Verdacht der Spionage zu Gunsten Frankreichs steht, wurde vom Vernehmungsrichter Haftbefehl erlassen.

Sechs Todesopfer der Clarenthaler Grubenkatastrophe

Saarbrücken, 12. Aug. (Drahtmeldung.) Die Clarenthaler Grubenexplosion hat, der „Volksstimme" zufolge, inzwischen das fünfte und sechste Todesopfer gefordert. Man hofft, die übrigen 12 Verletzten am Leben erhalten zu können.

Abnehmen der spinalen Kinderlähmung im Elsaß

Straßburg, 12. Aug. (Drahtmeldung.) In der Zeit vom 1. bis 10. August wurden im Departement Unterelsaß nur noch 17 Fälle von spinaler Kinderlähmung gezählt. Man rechnet mit dem Erlöschen der Epidemie im September.

23 Verletzte bei einem Autobusunglück

Brünn, 12. Aug. (Drahtmeldung.) Ein von Hrottowitz nach Trebitsch fahrender vollbesetzter Autobus stürzte an einer Straßenkrümmung oberhalb von Unterillimowitz von einer Böschung auf ein Feld ab und überschlug sich. 23 Personen wurden verletzt, davon sieben schwer; sie wurden ins Trebitscher Krankenhaus geschafft, während die leichter Verletzten der häuslichen Pflege überlassen wurden.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Westliches Westfalen

Nach einem Beschluß des Bezirksvorstandes findet Samstag, den 16. August, nachmittags 15.30 Uhr in Dortmund im Volkshaus 1, Kampstraße 88, ein

außerordentlicher Bezirksparteitag

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Die bevorstehenden Wahlen.
2. Aufstellung der Kandidaten.

Referenten werden noch bekanntgegeben.

Die Vertretung auf dem außerordentlichen Bezirksparteitag regelt sich nach den §§ 26 und 27 unseres Organisationsstatuts.

Nach diesen Bestimmungen setzt sich der Parteitag zusammen aus:

a) 120 Delegierten der Unterbezirke,
b) dem Bezirksvorstand,
c) der Kontrollkommission,
d) dem Beirat,
e) den Abgeordneten des Bezirks für den Reichstag und Landtag und 2 Vertretern der Provinziallandtagsfraktion,
f) je einem Vertreter der vorhandenen Dachpreßkommissionen, des Bezirksbildungsausschusses und des Bezirksjugendausschusses.

Die Delegierten zum Bezirksparteitag werden gewählt in Versammlungen der Ortsvereine oder ihrer Distrikte, in Versammlungen des Verbandes der Ortsvereine oder in Unterbezirks-Generalversammlungen. Die Zahl der auf die einzelnen Unterbezirke entfallenden Delegierten wird nach den abgerechneten Beiträgen ermittelt. Unterbezirke mit weniger als 1000 Mitglieder können 4 Delegierte entsenden. Da die Unterbezirke im vorigen Jahre eine Veränderung erfahren haben, hat der Bezirksvorstand für die Beschickung des außerordentlichen Bezirksparteitages die Abrechnungen für das 1. Quartal 1930 zugrunde gelegt. Nach diesen Abrechnungen verteilen sich die 120 Delegierten auf die einzelnen Unterbezirke wie folgt:

Dortmund-Sauerland	41 Delegierte
Bochum-Herne	26 Delegierte
Recklinghausen-Gelsenkirchen	22 Delegierte
Hagen-Schwelm-Altena-Lüdenscheid	12 Delegierte
Hamm-Lippstadt	9 Delegierte
Münsterland	6 Delegierte
Siegerland	4 Delegierte
	120 Delegierte

Soweit die Wahl der Delegierten angesichts der kurzen Zeit in Ortsvereins- bezw. Distriksversammlungen nicht mehr durchgeführt werden kann, ist die Wahl auf Unterbezirkskonferenzen vorzunehmen.

Die zu wählenden Delegierten müssen gemäß § 5 des in Heidelberg beschlossenen Organisationsstatuts 3 Jahre Mitglieder der Partei sein und müssen ihre Beitragspflicht genügt haben.

Wir bitten die Unterbezirke, zu dem außerordentlichen Bezirksparteitag Stellung zu nehmen und uns die gewählten Delegierten sofort nach getätigter Wahl mitzuteilen.

Mit Parteigruß!

Der Bezirksvorstand: Franz Klupsch.

Unverständlichkeiten aus U.S.A.

Bombenabwurf auf ein amerikanisches Bergwerk

Neuyork, 11. Aug. (Drahtmeldung.) Im Bergwerksrevier von Providence in Kentucky, wo seit mehreren Wochen Lohnstreitigkeiten herrschen, ereignete sich heute ein aufsehenerregender Vorfall. Um 6 Uhr früh, als viele Bergleute auf dem Wege zu ihrer Arbeitsstätte waren, erschien ein orangefarbenes Flugzeug und warf neun Dynamitbomben ab, von denen aber nur zwei explodierten ohne glücklicherweise jemanden zu verletzen. Die Behörden haben den Gouverneur um Entsendung von Truppen gebeten. In den letzten Wochen war es verschiedentlich zu Mißhandlungen arbeitswilliger Bergleute gekommen. Die Behörden haben ungefähr 100 Bergleute offiziell gewarnt, die Arbeit in den Bergwerken nicht zu stören.

GESETZ das tötet

Roman von Frank Arnau

64) (Fortsetzung.)

Adolf Baumann machte eine abwehrende Handbewegung:

„Keine Empfindlichkeiten, Herr Kommissar — das führt zu nichts! Ich habe zwar alle Achtung vor dem Spürsinn der Polizei, aber es hat sich doch schon zu oft herausgestellt, daß manchmal die einfachsten Dinge übersehen werden."

„Ich habe die Durchsuchung selbst vorgenommen!"

„Das macht nichts — auch Ihnen kann einmal eine Kleinigkeit entgehen, die wichtig ist!"

„Sie glauben also, daß es nötig ist, die Wohnung noch einmal zu durchsuchen?"

„Ja, das glaube ich. Unbedingt. Und zwar möchte ich es selber tun — ich bin fast überzeugt, daß ich etwas finde! Sie machen ein ungläubiges Gesicht, Herr Kommissar, und gleich werden Sie mir sagen, ich sei schließlich auch kein Sherlock Holmes. Weiß ich von allein! Aber ich habe ein gutes Auge! Daß so gar keine Spur vorhanden ist, das ist es ja, was mich reizt — sonst hätte ich mich den Teufel um die Geschichte gekümmert. Sie ist mir ohnedies wenig sympathisch, und an sich müßte ich wünschen, daß der Arzt nicht gefunden wird, der am andern Ende hängt. — In der Wohnung ist doch nichts verändert worden?"

„Nein. Die Rechnungsrätin ist noch im Krankenhaus. Die Wohnung steht also leer. Den Schlüssel hat die Polizei."

„Wie einfach! Ich schlage vor, daß wir zusammen hingehen — das heißt, wenn Sie Zeit haben, Herr Kommissar!"

Der Kriminalkommissar nickte; die beiden fuhren vom Alexanderplatz nach der Gutzkowstraße, begaben sich in die Wohnung und begannen zu suchen.

Die Schränke, der kleine Schreibtisch Juschas, die Kleider und Taschen wurden auf das genaueste untersucht, jedes Stück Papier zehnmal umgedreht, aber nichts fand sich, bis Adolf Baumann das Einfachste tat: den Papierkorb genauer zu untersuchen.

Dieser Papierkorb war anscheinend leer gewesen; er stand halb unter dem kleinen Tisch im Zimmer Juschas. Und hier fand Baumann die verbrannte Postquittung.

Allerdings schien es, als ob mit dem Stückchen verkohlten Papiers so gut wie gar nichts anzufangen wäre, aber es schien nur so: auf der einen Seite war, wenn auch nur zu einem geringen Teil, das gelbe Papier noch erhalten und als das kenntlich, was es war: als eine amtliche Quittung.

Baumann nahm mit allergrößter Vorsicht dieses Stückchen Papier, Kohle und Asche, und legte es auf den Tisch, der am Fenster stand. Dann pfiff er befriedigt durch die Zähne.

„Was glauben Sie, was ich hier habe, Verehrtester?"

Kommissar Metzger trat näher:

„Haben Sie was gefunden? Lassen Sie sehen!"

„Das ist, wie Ihnen wahrscheinlich klar ist, eine Postquittung. Nehmen wir einmal an, es sei die Quittung über das an den Arzt geschickte Honorar. Es ist leider nur noch ein ganz geringer Rest. Da ist also oben — sehen Sie! — der Stempel. Ganz deutlich zu lesen: Berlin W und eine 3. Das kann natürlich 31 bis 39 heißen. Darunter müßte das Datum stehen, es ist aber nur noch eine 1 zu erkennen, — also 10. bis 19. Januar, nehme ich an. Wir haben heute den 22., wenn ich nicht irre. Am 17. ist Juscha Lehner gestorben. Es kommt also nur die Zeit zwischen dem 10. und dem 15. in Betracht. Merken wir uns also: Postamt W 30 bis 39, Datum: 10. bis 15. Januar."

„Aber was wissen Sie von Januar — das Geld kann doch ebensogut bereits im Dezember aufgegeben worden sein! Nein, Menschenskind — das sind ja alles Hirngespinste! Woher wollen Sie denn wissen, daß das gerade die Quittung ist, die Sie haben wollen? Mir scheint, Sie machen sich die Geschichte doch gar zu einfach!"

„Sie ist noch viel einfacher. Sehen Sie mal durch die Lupe, bitte, hier ist die Adresse, leider nur mehr ein paar Millimeter vom linken Rand erhalten. Und zwar, sehen Sie: m. . . . medicinae natürlich! Der Name fehlt — das können wir ja auch schließlich nicht verlangen, daß uns gleich die Adresse ins Haus geliefert wird. Aber ungefähr wissen wir, wo der Mann wohnt. Sehen Sie: N — kann heißen Norden oder Nordwesten. Wir wissen also: Juscha Lehner hat in der Zeit vom 10. bis 15. Januar einen Betrag, dessen Höhe wir nicht kennen, durch das Postamt W 30 bis 39 an einen Dr. med. in Berlin N oder NW — kann auch sein NO — überwiesen. — Was sagen Sie dazu?"

„Daß Sie kühn im Kombinieren sind, Verehrtester!"

„Wer das nicht ist, der hat keinen Beruf zum Kriminalisten! Meine ‚Kombinationen' werden Ihnen sehr rasch einleuchten, denn der Weg, der jetzt getan werden muß, ist ganz klar. Es sind zunächst sämtliche Postämter von W 30 bis 39 abzuklappern und die Eintragungen in der Zeit zwischen dem 10. und 15. Jan. genau nachzukontrollieren. Wenn Sie mich entsprechend legitimieren, werde ich das tun. Aus den Anhaltspunkten, die ich über die Adresse des Empfängers habe, muß ich diesen herausfinden, und dann brauchen Sie nur hinzugehen und dem Mann die Handschellen anzulegen."

„Soweit sind wir noch lange nicht. Denn wenn Sie auch wirklich herausfinden, an welchen Arzt Juscha Lehner das Geld geschickt hat, so wissen Sie doch noch lange nicht, ob auch dieser es war, der den verbotenen Eingriff vorgenommen hat!"

„Das lassen Sie dann nur meine Sorge sein! Wenn ich ihn erst habe, dann wird sich auch das Weitere finden!"

Kriminalkommissar Metzger war lange nicht so überzeugt wie Adolf Baumann, daß dieser Fund wirklich so bedeutungsvoll werden konnte. Aber da er die einzige Möglichkeit bot, eine Spur zu verfolgen, sorgte er dafür, daß Adolf Baumann mit der nötigen Legitimation ausgestattet wurde und seine Nachforschungen bei den in Frage kommenden Postämtern des Westens beginnen konnte.

Zwei Tage nach der neuerlichen Hausdurchsuchung kam Baumann zum Kommissar.

„Nun? Was haben Sie herausgebracht?"

„Nun — weiter nichts Besonderes. Am 15. Januar hat Juscha Lehner fünfzig Mark an einen Dr. Berolsheimer abgesandt!"

„Ist es auch wirklich wahr?"

Baumann zuckte die Achseln.

(Fortsetzung folgt.)

Weltwirtschaftskrise

13 Prozent der australischen Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos

London, 12. Aug. (Eig. Drahtber.) **Es treten immer mehr Anzeichen dafür hervor, daß die Wirtschaftsdepression, unter der England gegenwärtig leidet, über die ganze Welt verbreitet ist. Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten, Italien und in anderen Ländern ist erheblich größer, als es die wenigen zur Verfügung stehenden offiziellen Zahlen erscheinen lassen wollen. Am Dienstag wird dem „Daily Herald" aus Australien über das sehr bedeutende Ausmaß der dortigen Arbeitslosigkeit berichtet. Dreizehn Prozent der Gewerkschaftsmitglieder sind ohne Beschäftigung, außerdem eine große Anzahl von nichtorganisierten Arbeitern. Die Zahl der Arbeitslosen wird im ganzen auf 150 000 geschätzt. Bei den sechs Millionen Einwohnern Australiens ist diese Arbeitslosigkeit beträchtlich, wenn auch nicht von gleichem Ausmaß wie in den betroffenen europäischen Ländern.**

Kein neuer Sammlungsversuch

Berlin, 12. August. (Drahtmeldung.) **Die durch die Presse gehenden Mitteilungen, wonach am Dienstag auf Einladung des Ministers Treviranus zwischen der Konservativen Volkspartei, Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei neue Besprechungen über die Festsetzung eines gemeinsamen Aktionsprogramms stattfinden sollten, entsprechen nicht den Tatsachen. Wie wir hören, ist weder an die Deutsche Volkspartei, noch an die Wirtschaftspartei eine Einladung zu einer solchen Besprechung ergangen.**

Die kommunistische Knüppelgarde

vom Schnellrichter verurteilt

Halle, 12. Aug. (Eig. Drahtber.) **Fünf der kommunistischen Rowdys, die am 10. August die Sozialistische Arbeiterjugend auf ihrer Heimfahrt von einem Jugendtag in Eisleben überfallen und mißhandelt hatten, wurden als Täter festgestellt und heute dem Schnellrichter beim Polizeipräsidium in Halle zugeführt. Einer der Strolche, wegen Diebstahls sechsmal vorbestraft und wegen Unterschlagung und Aufruhr mehrfach, wurde wegen Körperverletzung zu sechs Monaten, zwei andere wegen schwerer Körperverletzung und wegen Vergehens gegen die Waffenordnung des Reichspräsidenten zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei der Jungkommunisten wurden dem Jugendgericht vorgeführt. Die Haftbefehle wurden aufrecht erhalten.**

Straßenterror in Halle

Verbrecherisches Treiben der Nationalsozialisten

Halle, 12. Aug. (Eig. Drahtbericht.) **Der Straßenterror nimmt in Halle von Tag zu Tag überhand. Heute in den Mittagsstunden wurden auf der Hauptstraße drei Mitglieder der sozialdemokratischen Partei von etwa 15 Hakenkreuzlern umringt. Einem unserer Genossen wurde die Brille, den beiden anderen die Parteiabzeichen abgerissen. Ein hinzukommender Polizeibeamter wurde von dem Führer des Hakenkreuzler-Trupps photographiert, wobei er seinen Kameraden zurief: „Merkt euch die Gesichter dieser Mistekels!" Die Nazis johlten und höhnten, als sie zur Polizeiwache transportiert wurden und äußerten ihre Befriedigung darüber, daß sie ihr Adressenmaterial weiter um einige gute Stücke bereichert hätten.**

Weitere Rowdystreiche

Frankfurt a. M., 12. Aug. (Eig. Drahtbericht.) **In Oppenheim am Rhein haben die Nationalsozialisten ihr Heldentum wieder einmal dokumentiert. Sie drangen, nachdem sie die Fensterscheiben zerschlagen hatten, in die Wohnung des Führers des Reichsbanners Frank ein und demolierten die Wohnung vollständig. Die zwei Ortspolizisten, die der wild gewordenen Bande gegenüber nichts ausrichten konnten, riefen das Mainzer Ueberfallkommando herbei, dem allein es zu verdanken ist, daß Frank und seine Kameraden, die sich bei ihm in der Wohnung befanden, nicht tot geschlagen wurden. 12 der Helden wurden in das Amtsgericht in Mainz eingeliefert, 10 davon aber, wie das leider bei Nationalsozialisten zur Uebung geworden ist, nach einem kurzen Verhör wieder frei gelassen.**

Aufhebung der niederländischen Boykottaktion gegen deutsche Waren

Der Zentralverband der niederländischen Molkereien (Algemeene Nederlandsche Zuivelbond) teilt mit, daß jetzt nach dem endgültigen Scheitern der deutsch-finnischen Verhandlungen zum Abschluß einer besonderen Butter- und Käsevereinbarung kein unmittelbarer Anlaß mehr zu einer Fortsetzung der Boykottaktion gegen deutsche Waren bestehe und daher der Boykott vorläufig eingestellt werde. Der Verband nehme jedoch infolge der nach wie vor unsicheren Lage eine abwartende Haltung ein und werde sich inzwischen mit anderen Interessenten in Verbindung setzen, um gegebenenfalls den Boykott, der sich als durchaus brauchbares und wirksames Mittel erwiesen habe, wieder anzuwenden.

Verdoppelte Arbeitslosigkeit

im Saargebiet

Genf, 12. August. (Eig. Drahtbericht.) **Die Regierungskommission des Saargebietes hat dem Völkerbund ihren zweiten Vierteljahresbericht für 1930 erstattet. In Auslegung einer Bestimmung des Versailler Vertrages hat die Kommission entschieden, daß Steuern und Umlagen des Saargebietes, die für dessen Bedürfnisse erhoben werden, in keiner Weise öffentliche Fonds sind, die der deutschen Verwaltung unterstehen, sondern ausschließlich zur Verfügung der Regierungskommission sind. Vom Januar bis Juni ist die Kohlen-, Koks- und Erzproduktion erheblich weiter zurückgegangen. Die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter hat in der gleichen Zeit um weitere tausend abgenommen. Die Arbeitslosigkeit hat von Februar bis Juni von 8267 auf 6560 abgenommen, was aber gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres noch eine Vermehrung um mehr als die doppelte Anzahl Arbeitslosen bedeutet.**

Das französische Budget

vor dem Kabinett

Paris, 12. August. (Eig. Drahtbericht.) **Das Kabinett Tardieu hat am Dienstag zwei Sitzungen abgehalten, die in erster Linie der Frage des Budget-Gleichgewichts gewidmet waren. Wie erinnerlich, hatte Tardieu in seinen beiden letzten Reden mit der bei ihm gewohnten großsprecherischen Geste angekündigt, daß er eine neuerliche Erhöhung der Budget-Lasten mit allen Mitteln zu verhindern wissen werde. Wie immer, blieb aber auch diesmal die Tat hinter den Worten zurück. Wohl beschloß der Ministerrat, eine generelle Revision der Budget-Forderungen der einzelnen Minister durchzuführen, um das Gleichgewicht des Staatshaushaltes wieder herzustellen. Darüber hinaus aber begnügte er sich mit einer platonischen Entschließung, „daß der Ministerrat einig sei in dem Glauben, ohne jede neue Steuer und ohne Anleihen den Bedürfnissen aus den letzthin beschlossenen Gesetzen, ferner den laufenden Ausgaben der Verwaltung, der nationalen Sicherheit usw. Genüge tun zu können, trotzdem 48 Prozent des französischen Budgets durch Schuldentilgung absorbiert werden". Der Ministerpräsident, der Budget- und der Finanzminister wurden beauftragt, die praktische Durchführung dieser Beschlüsse zu überwachen. Aus einem Bericht über das Budget geht hervor, daß die angeforderte Summe für 1931 das vorjährige Budget um 6 Milliarden Franks überschreitet, nachdem bereits das Budget von 1930 eine Erhöhung der Ausgaben um 5 Milliarden gegenüber dem Vorjahre gebracht hatte und die Steigerung der Ausgaben von 1926 bis 1930 nicht weniger als 13 Milliarden betragen hatte.**

Es berichten dann Außenminister Briand über die außenpolitische Lage, der Ackerbauminister über die Ackerbaureform und der Justizminister über geplante Reformen im Justizwesen.

Letzte Telegramme

Der Raub in der Villa Siemens

Perlenkette und Kämme waren unecht

Berlin, 13. Aug. (Eig. Meldung.) **Der falsche Leitungsrevisor Fritz Bachnick, der am Montag abend in der Villa Karl Friedrich von Siemens den Aufsehen erregenden Juwelendiebstahl verübte, ist von erheblichem Pech verfolgt worden. Die Perlenkette, in der man zunächst das Kostbarste seiner Beute vermutete, ist eine geschickte Imitation. Nicht anders verhält es sich mit den beiden goldenen Kämmen, deren echte Schwestern sich in gut verschlossenen Tresors befinden.**

Unwetter bei Bad Reichenhall

Bad Reichenhall, 12. Aug. (Drahtmeldung.) **Die Gegend um Bad Reichenhall wurde heute abend von einem schweren Unwetter heimgesucht. Ueber dem Lattengebirge ging ein schwerer Wolkenbruch nieder, der die Bergbäche zu reißenden Flüssen anschwellen ließ. Bei der Schießhütte in Bad Reichenhall staute sich der Wappach-Fluß; Wasser- und Sandmassen drangen in die Gebäude ein und richteten große Verwüstungen an. Die Fluten drangen in die Stadt ein, wo sie Keller überfluteten. Die Feuerwehr beseitigte die Gefahr. Der schlimmste Schaden wurde auf der Straße Bad Reichenhall—Innsbruck und am Bahndamm Bad Reichenhall—Bergdesgaden angerichtet. Diese Verbindungen dürften auf mehrere Tage unterbrochen sein. Das Geröll und der Sand liegen stellenweise meterhoch auf der Straße. Mehrere Autos und Wagen, die sich zwischen den beiden Orten befanden, wurden eingeschlossen und Passagiere und Pferde konnten nur mit vieler Mühe herausgeschafft werden. Die Bahnstrecke Bad Reichenhall—Freilassing ist an zwei Stellen durch Dammrutsche beschädigt, so daß der ganze Verkehr eingestellt werden mußte. Etwa 500 Reisende wurden in Autos zur nächsten Bahnstation gebracht.**

Frost in Amerika

Neuyork, 12. Aug. (Drahtmeldung.) **Nachdem in den letzten Tagen die Temperatur verschiedentlich bis auf 38 Grad Celsius gestiegen war, wird jetzt aus den verschiedensten Landesteilen, insbesondere aus dem Süden, ein völliger Umschlag gemeldet. Teilweise sank das Quecksilber bis unter 4,5 Grad. Die Stadt Elkins in Westvirginia hatte sogar in der letzten Nacht Frost zu verzeichnen. In Pittsburg wurden 10 Grad gemessen.**

Orkan in Südafrika

Kapstadt, 12. Aug. (Drahtmeldung.) **In der südafrikanischen Union ist durch starke Orkane, anhaltende Regen- und Schneefälle großer Schaden angerichtet worden. Die Fischereiflotte hat sehr gelitten. 15 Fischer, darunter zwei Europäer, sind ertrunken.**



Die Berliner Funkstunde veranstaltete eine interessante Radioübertragung vom Grunde des Wannsees. Der Rundfunkreporter ging in Taucherausrüstung mit Radiotelephon versehen auf den Grund des Wannsees und schilderte dort die für eine Radiosendung sicherlich ungewohnte Umgebung. Der Radiotaucher beim Abstieg auf den Grund des Wannsees.

Gegen die Verewigung des Hasses

Nationalistische Inschrift beseitigt

Paris, 12. August. (Drahtmeldung.) **Nach Blättermeldungen aus Straßburg haben die Delegierten der Internaitonalen Liga für Frieden und Freiheit gegen die Inschrift einer Befreiungsstatue protestiert, die in Straßburg aufgestellt ist. Die Inschrift lautet: „Zur Erinnerung an den Sieg des Rechtes über die Gewalt und der Zivilisation über die Barbarei". Angesichts des Drängens der Versammlungsteilnehmer hat der kommunistische stellvertretende Bürgermeister Haas versprochen, die Inschrift zu entfernen.**

Luftmanöver in England

London, 12. Aug. (Eig. Drahtber.) **Aehnlich wie vor kurzem in Frankreich haben am Dienstag in England große Luftmanöver begonnen, an denen 1250 Flugzeuge beteiligt sind. Es wurde ein Angriff auf England organisiert, zu dessen Abwehr sämtliche Landwehrstreitkräfte Englands herangezogen worden waren. Man darf auf die Kritik der Uebungen durch die Militärs gespannt sein; denn der vor zwei Jahren ausgeführte Luftangriff auf London hat bewiesen, daß selbst bei größter Anstrengung eine wirksame Verteidigung nicht möglich ist.**

Ein Balkan-Locarno?

Türkischer Vorschlag

Athen, 12. August. (Drahtmeldung.) **Der türkische Außenminister Tewfik Rudschi hat an den griechischen Gesandten in Angora ein Schreiben gesandt, in dem er sagt, die Zeit scheine ihm gekommen zu sein, um ein Balkan-Locarno zu vereinbaren. Er fügte hinzu, der türkische Gesandte in Athen werde der bevorstehenden Konferenz der interessierten Balkanmächte als Beobachter beiwohnen.**

Türkischer Vorstoß

gegen die Kurden

Angora, 12. August. (Drahtmeldung.) **Die türkische Regierung, die beschlossen hat, den Protest der persischen Regierung unbeachtet zu lassen, hat General Salih Pascha, dem Befehlshaber der türkischen Streitkräfte an der türkisch-persischen Grenze, den Befehl erteilt, die militärischen Operationen gegen die Kurden zu beginnen, die sich am Abhang des Ararat eingegraben haben. Die türkischen Truppen haben gestern abend die persische Grenze überschritten und auf dem östlichen Abhang des Agridagk eine strategische Stellung besetzt, die ziemlich tief im persischen Gebiet liegt. Die Türken haben alle Vorkehrungen getroffen, um die zurückeilenden Kurden abzuschneiden und hoffen, der kurdischen Gefahr ein für alle Mal ein Ende zu machen.**

Kanonenboote nach Hankau

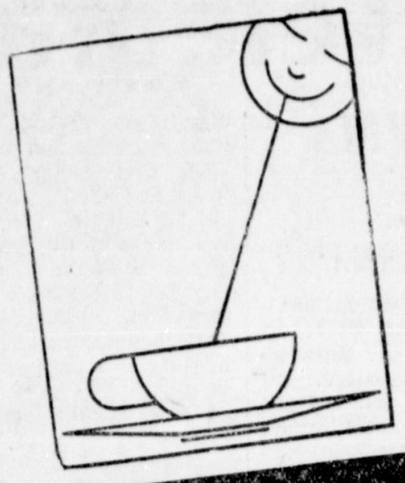
Paris, 12. August. (Eig. Drahtbericht.) **Im Zusammenhang mit den chinesischen Unruhen hat die französische Admiralität die Entsendung eines Vier-Kanonenbootes nach Hankau beschlossen. Dieses Boot ist am Dienstag mittag nach Hankau abgedampft. Drei andere französische Kanonenboote ankern bereits seit einigen Tagen vor dem Hafen von Hankau.**

Chinareise Vanderveldes. Der belgische sozialistische Parteiführer Vandervelde hat in Begleitung seiner Gattin eine Reise nach China angetreten, wo beide eine Reihe von Vorträgen halten werden.

Hinrichtung chinesischer Kommunisten. Nach einer Havasmeldung aus Hankau hat der Gouverneur von Hunan fast 250 verdächtige Kommunisten hinrichten lassen.

Zur glücklichen Geburt
empfehle Kinder-Wagen
Sitzliegewagen
mit Verdeck Mk. 39.50
Promenaden-Wagen
. . . . . Mk. 59.00
Naehter / Brennabor / Germania
Möbelhaus Cohn
Vereinsstraße, Ecke Augustastraße

Trau-Ringe
in großer Auswahl stets vorrätig bei
Bäumer & Cie., Gelsenkirchen.
Reparaturen an Uhren und Goldwaren werden gut und billig ausgeführt.



Grewer Kaffee Central Pfund RM 2.80
der feine, würzige Zentralamerikaner für den täglichen Gebrauch
Kaffee-Grewer, Kreuzstr. 11 / Buer, Marienstr. 12

Mittwoch wieder zum Kindertag
bei Finn
Beim Einkauf von Mk. 3.- an einen Luftballon gratis!
Besonders günstige Angebote in allen Abteilungen unseres Hauses

Preisabbau in Baumwollwaren
Beachten Sie bitte unsere Spezialfenster in der Bahnhofstraße!

In unserem Erfrischungsraum die bekannten Mittwochs-Spezialitäten

Hotel Hans Sachs
Gelsenkirchen
Nach Umbau u. Instandsetzung der Gaststätten
wieder eröffnet
Neue Geschäftsleitung.

Weingroßhandlung
Forster's Weinstuben
Probierstuben
Glasweiser Ausschank
Zur Bowle:
Weißweine von 70 Pfg. an. Obst- u. Traubensekte. — Krankenweine — Spirituosen
Verlangen Sie gefl. Preisliste
Luitpoldstraße 24

Gelsenkirchen.

Der Bezirksausschuß
Nr. II. III. 312 IVd. Münster, 12. 6. 1930.

Bekanntmachung.

Die Deutsche Erdöl A.-G., Zeche Graf Bismarck, in Gelsenkirchen, hat auf Grund des Wassergesetzes vom 7. April 1913 für ihren auf den im beiliegenden Parzellenplan aufgeführten Parzellen gelegenen Zechenbetrieb beantragt:

A. Auf Grund des § 46 Abs. 1 die Verleihung der Rechte, die Niederschlagswässer und Betriebs- bezw. Hausabwässer in die kleine Emscher, wie folgt, einzuleiten:

1. Alle Niederschlagswässer des Zechengebietes nördlich und südlich der kleinen Emscher soweit sie nicht durch die natürliche Vorflut abfließen durch die bei 2. erwähnte Tonrohrleitung.
2. Die Niederschlags- und Hausabwässer aus der Kolonie der Zeche Graf Bismarck am Bleck durch eine Tonrohrleitung von 400 mm lichter Weite in Station 2,2+57.

Die Durchschnittsmenge der Hausabwässer beträgt täglich 250 cbm.

3. a. Das Waschwasser der Kohlenwäsche der Schachtanlage 1/4 in einer Durchschnittsmenge von 150 cbm täglich nach Klärung durch eine Rohrleitung von 200 mm lichter Weite bei Station 1,2+59.

b. Das restliche als Tropfwasser beim Verladen anfallende Waschwasser nach Klärung durch eine Rohrleitung von 350 mm lichter Weite bei Station 1,1+93.

4. Die Betriebsabwässer der Kokerei einschließlich Waschkaue, Kesselhaus und Bürogebäude in einer Durchschnittsmenge von täglich 50 cbm.

a. durch eine Tonrohrleitung von 200 mm lichter Weite in Station 0,9+ 72,
b. durch eine Tonrohrleitung von 150 mm lichter Weite in Station 1,0+65,2,
c. durch eine Zementrohrleitung von 350 mm lichter Weite in Station 1,0+ ,80,
d. durch einen gemauerten Kanal von 350/600 mm lichter Weite in Station 1,0+83,50
e. durch eine Zementrohrleitung von 300 mm lichter Weite in Station 1,1+9,
f. durch eine Zementrohrleitung von 400/600 mm lichter Weite in Station 1,1+84 (83).

5) Die Betriebsabwässer der Benzol- und Ammoniakfabrik in einer durchschnittlichen Menge von 300 cbm täglich nach Klärung durch einen offenen Graben in Station 0,9+34.

B. Die Sicherstellung bezw. Verleihung des Rechtes, die Betriebsabwässer des Kesselhauses der Schachtanlage 1/4 in einer Durchschnittsmenge von 5 cbm täglich durch eine Zementrohrleitung von 350 mm lichter Weite in Station 1,1+45 in die kleine Emscher einzuleiten.

Das Recht zu B soll seit dem Jahre 1901 ausgeübt werden. Auf die ausgelegte Beschreibung nebst Zeichnungen wird verwiesen.

Etwaige Widersprüche gegen die Sicherstellung und Verleihung und Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen oder auf Entschädigung sind schriftlich in **zwei Ausfertigungen** oder zu Protokoll binnen einer **Frist von zwei Wochen**, beginnen mit Ablauf des Tages an dem das letzte diese Bekanntmachung enthaltene Blatt ausgegeben ist, bei dem Herrn Oberbürgermeister in Gelsenkirchen anzubringen, bei dem während der Dienststunden Beschreibung und Zeichnungen des Unternehmens zur Einsicht offen liegen. Ein Gleiches gilt von etwaigen Anträgen auf Verleihung des Rechts zu einer Benutzung, durch welche die vom Antragsteller beabsichtigte Benutzung dieses Gewässers beeinträchtigt würde.

Wer innerhalb der gesetzten Frist von zwei Wochen keinen Widerspruch gegen die Sicherstellung bezw. Verleihung erhebt, verliert sein Widerspruchsrecht. Nach Ablauf der Frist gestellte Anträge auf Verleihung werden in diesem Verfahren nicht mehr berücksichtigt. Von Beginn der Ausübung des verliehenen Rechtes durch den Antragsteller an können wegen nachteiliger Wirkungen der Ausübung nur noch die in dem § 82 des Wassergesetzes vorgesehenen Ansprüche gelten gemacht werden.

Der Bezirksausschuß zu Münster.
gez. Unterschrift.

Wird veröffentlicht.
Die Unterlagen liegen im Hans-Sachs-Haus, Zimmer 416 zur Einsicht offen.

Gelsenkirchen, den 12. August 1930.

Der Oberbürgermeister.

Nach eigenen, modernen Entwürfen liefern wir gute, saubere Drucksachen
BUCHDRUCKEREI VOLKSWILLE
Ringstraße 33 ■ Sammel-Nr. 25841

Eine Sensation
ist die ERÖFFNUNG des
Allcredo-Möbelhauses
L. Spottheim in Gelsenkirchen, Arminstraße 13
Neben geringen Anzahlungen und noch geringeren Teilzahlungen haben Sie den Vorteil, wie kein anderes Geschäft ihn bietet.
Und zwar:
Im Todesfalle des Käufers unserer Möbel gelangen die Erben desselben in den Besitz derselben ohne an uns weiter zahlen zu müssen.
Zahlungsfähige Kunden können auch
ohne Anzahlung
Möbel geliefert bekommen.
Also: Von nun an Parole für Möbelkäufer
Auf zum Möbelhaus
L. SPOTTHEIM
Gelsenkirchen, Arminstraße 13
Alleinige Verkaufsstelle für Allcredo-Möbel.
Allcredo Möbel
Das Zeichen für die Qualität

EIN OFFENES WORT AN ALLE
LUISE OTTO
8
VORBEUGEN NICHT ABTREIBEN
Ein Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen
136. bis 145. Tausend.
Preis für das mit vielen Abbildungen versehene Büchlein nur 0.80 RM.
Zu haben bei den Zeitungsboten oder in der
Volksbuchhandlung
Gelsenkirchen
Ringstraße 33

Schafwolle
Eintausch und Verarbeitung.
Stoffe — Garne
Strickwaren
G. A. Michel
Bahnhofstr. 12

Was ist das?



Das ist ein Holzschnitt
aus dem humoristisch-satirischen Roman
Kehr' um von Robert Budzinski
Das Buch ist soeben erschienen im „Bücherkreis"
Preis 4.80 RM. (Mitglieder Sonderpreis)
Zu beziehen durch:
Volksbuchhandlung
Gelsenkirchen Ringstraße 33